

MittelstandsMagazin

Information und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Wissenschaft

1-2/2007 · 4,- €

➤ **Politik**
2007 ein
optimales
Reformjahr

➤ **Wirtschaft**
Mehr Eigen-
kapital, bessere
Finanzierung

➤ **Schwerpunkt**
Ruhe bewahren,
wenn die
Fahnder kommen

Sparen mit
gebrauchter
Software



„Ist es nicht drollig, wie unser kleiner Sklave von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch macht?“

Koalition

Große Koalition – Kleine Schritte!

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle gefragt: „Große Koalition – Große Aufgaben – Große Lösungen?“ Die Antwort auf diese Frage hat uns die Politik des letzten Jahres selbst gegeben und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es unlängst bekräftigt: Es gilt die Politik der kleinen Schritte.

Willkommen in der Realität!

Als der Sachverständigenrat der Bundesregierung im letzten Jahr seinen Bericht übergeben hatte, nannte er ihn das „Buch der verpassten Chancen“. Dies war knapp und richtig formuliert.

Die wirtschaftlich guten Rahmenbedingungen des Jahres 2006, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die positive Stimmung in der Wirtschaft laden geradezu zum politischen Durchstarten ein. Die Sozialdemokraten hat jedoch mittlerweile der letzte reformerische Spätmut der Regierung Schröder verlassen. Kurt Beck ruft das Ende der Reformen aus. CDU und CSU wollen durchstarten und der SPD-Co-Pilot schaltet das linke Triebwerk auf Schubumkehr. Guten Flug, Genossen! Das kann nichts werden.

Dabei wäre es ungerecht und falsch, alles was die große Koalition unternommen hat, schlecht zu reden. Bei der Rente mit 67 hat Vizekanzler Müntefering Mut bewiesen und sich und seine Sozialdemokraten übertroffen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung des Rentensystems. Weitere Reformschritte müssen aber noch folgen.

Eine Vielzahl kleiner Schritte entlastet kleine und mittlere Unternehmen bereits von bürokratischem Aufwand, Investitionen kommen dem Mittelstand zugute und das z. Zt. auf dem Weg befindliche Gesetz zum Pfändungsschutz von Altersvorsorgevermögen von Selbständigen wird künftig Hunderttausenden mehr Sicherheit im Alter bei Insolvenz geben.

Die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Lohnzusatzkosten, kann aber die volle Wirkung nicht entfalten. Die Erhöhungswelle bei der Krankenversicherung, die Erhöhung der Beiträge zur Rentenver-



Jürgen Presser ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und saarländischer Landesvorsitzender

sicherung und der 20-prozentige Zuschlag auf die Abgaben bei Minijobs fangen die Entlastungswirkung zu einem guten Teil wieder auf. Zudem bleibt insbesondere der mittelständische Einzelhandel auf einem Teil der Mehrwertsteuererhöhung sitzen, die er im Wettbewerb nicht weitergeben kann – nicht zu reden von dem zusätzlichen Anreiz für Schwarzarbeit, der damit verbunden ist.

Bei der Unternehmenssteuerreform, die durchaus ein Schritt in die richtige Richtung ist, können wir froh sein, dass einige Unions-Ministerpräsidenten die Kritik von MIT und PKM aufgenommen und Nachbesserungen erzwungen haben. Das Gleiche gilt für die Gesundheitsreform. Der „Master of Disaster“ des deutschen Gesundheitswesens, Ulla Schmidt, hat mit allen Mitteln versucht, ein sozialistisches Gesundheitssystem durchzusetzen. Herausgekommen sind Eckpunkte, bei denen eine Gesundheitsreform erstmals

mit Beitragserhöhungen startet. Wettbewerb wird eher unterdrückt als gefördert und die Abkopplung der Beiträge vom Lohn bleibt weiter ein frommer Wunsch. Die Zerstörung des stabilen Systems der Privaten Krankenversicherung wird bis zur letzten Minute von Schmidt und Genossen mit allen Tricks und großer Hartnäckigkeit verfolgt. Selbst nach dem jüngsten Kompromiss im Koalitionsausschuss wird aus dem faktischen Ausstieg aus der Privaten Krankenversicherung der Einstieg in den Ausstieg. Wer im laufenden Gesetzgebungsverfahren dies noch ändern will, kann auf die volle Rückendeckung der MIT zählen.

Und dabei gilt: Die Interessen des Landes wiegen schwerer als der Koalitionsfriede. Den großen Wurf einer Gesundheitsreform müssen wir sowieso bis nach der nächsten Wahl verschieben.

Die Union ist gut beraten, bei der anstehenden Reform der Pflegeversicherung und der Berufsgenossenschaften früher darauf zu achten, dass ihr der Koalitionspartner keine „roten Trojaner“ unterschiebt.

Aus Sicht der MIT können wir weiterhin sagen: CDU und CSU sind großartige Parteien. Dies gilt jedoch so nicht für die große Koalition! Denn diese besteht schließlich zu 50 Prozent aus Sozialdemokraten.



12 16



22



POLITIK

- 3 **Editorial**
Jürgen Presser, stellv. MIT-Bundesvorsitzender
- 5 **Kolumne**
Helmut Uwer schreibt aus anderer Sicht
- 6 **Reform der Berufsgenossenschaften**
Erste Umriss erkennbar
- 8 **Mäßigung im Aufschwung**
Von Dr. Hagen Lesch
- 10 **Mehr Eigenverantwortung gefragt**
Interview mit Dr. Rolf Koschorrek
- 12 **Unternehmer – im Spannungsfeld zwischen Erfolg und Verantwortung?**
Von Dr. Josef Schlarmann

WIRTSCHAFT

- Schwerpunkt**
- 16 **Mehr Eigenkapital erleichtert Finanzierung**
- 19 **Fiskus sichert sich mehr Kontrolle**

UNTERNEHMEN

- 22 **IT**
Sparen mit gebrauchter Software
- 24 **Software für Qualitätsmanagement**
- 25 **Business-Plan**
Die 5 wichtigsten Tipps
- 26 **Etikette im Beruf**
Taktik mit Stil
- 27 **Aktuelle Urteile**
- 28 **Bücher**
für Sie gelesen

MIT-INSIDE

- 29 **MIT-Inside**
- 30 **Mittelstandspolitik**
- 33 **Namen sind Nachrichten**
- 34 **Baustelle Berlin**

Sprüche des Monats

„Sei aufrichtig in allem, was Du sagst, aber sage um der Aufrichtigkeit willen nicht alles.“

Peter Benary, Musikwissenschaftler

„Die Freunde nennen sich aufrichtig, die Feinde sind es.“

Arthur Schopenhauer, Philosoph

IMPRESSUM

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin,

Redaktion:
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Charitéstraße 5, 10117 Berlin, E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de www.mittelstand-deutschland.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.

Redaktionsbeirat:
Hartmut Schauerte, MdB, (Vorsitzender), Berthold Jost, Andreas A. Sobotta, Harald Weith, Roger Zörb

Chefredakteur:
Günter F. Kohl (G.K.)
Telefon: 0 30/25 93 31 91
E-Mail: kohl@mittelstand-deutschland.de

Parlamentsredaktion:
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon und Telefax: 0 30/75 70 91 70
E-Mail: schulte@mittelstand-deutschland.de

Politikredaktion:
Petra Kleining (pk)
Telefon: 0 30/22 07 98-17, Telefax: 22 07 98-19
E-Mail: kleining@mittelstand-deutschland.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Horst Wardenbach (hw), Christa Wolf (cw)

Bildnachweis:
Titelfoto: Götz Wiedenroth

Anzeigen:
Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH
Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin
Tel.: 0 22 41/91 33-0, Fax: 0 22 41/91 33 33

Anzeigenverkauf:
Verlagsvertretungen
Nielsen 1, 2, 5, 6, 7:
Klaus Getz, Medienvertretung
Tel.: 0 22 05/8 61 79, Fax: 0 22 05/8 56 09
Nielsen 3a, 3b, 4:
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Tel.: 0 62 61/92 34-0, Fax: 0 62 61/92 34-20
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2007

Herstellung:
SZ Druck
Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin
Tel.: 0 22 41/91 33-0, Fax: 0 22 41/91 33 33

Bezugsbedingungen:
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer. Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
ISSN 0932-3325

© für alle Beiträge bei der Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke und Zitate nur mit vollständiger Quellenangabe.

Die Zeitschrift ist der „Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern“ (ivw) angeschlossen.

REFORMJAHR

2007 wäre optimales Reformjahr

2007 müsste für Deutschland ein optimales Reformjahr werden, da keine Partei Rücksicht auf Landtagswahlen nehmen muss. Zwar ist das Jahr nicht komplett wahlfrei. Im Mai wird im kleinen Stadtstaat Bremen gewählt. Doch ist dieser Urnengang nicht bedeutend genug, um im taktischen Kalkül der großen und kleinen Parteien eine Rolle zu spielen. Somit wäre der Weg frei für Reformen. Und da steht ja noch genug auf der Tagesordnung.

Als größter Brocken darf die Gesundheitsreform gelten, deren erster Teil zum 1. April umgesetzt werden soll. Die Einführung eines Gesundheitsfonds ist wohlweislich auf das Jahr der nächsten Bundestagswahl 2009 verschoben worden, was die Realisierung dieses umstrittensten Teiles der Reform nicht eben begünstigt. Hinzu kommt, dass wieder einmal einige Unions-Ministerpräsidenten – und wieder einmal allen voran Bayerns Edmund Stoiber (CSU) – einen bereits gefundenen Kompromiss in Frage stellen.

Neben Gesundheit und Raucherschutz steht als drittes großes Thema der zweite Teil der Föderalismusreform auf der Agenda. Weil dieser Teil aber den schwierigsten Komplex beinhaltet, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, soll 2007 zwar verhandelt, aber noch nicht entschieden werden. Ob die Kompromissfindung ein Jahr später dann einfacher fällt, darf jedoch stark bezweifelt werden. Dann finden nämlich in Hessen, Niedersachsen und Bayern Landtagswahlen statt.

Zudem ist es gut möglich, dass die Urnengänge in Niedersachsen und Hessen ihre Schatten schon auf 2007 werfen, wird in beiden Ländern doch bereits am 28. Januar gewählt. Das bedeutet, dass der Wahlkampf spätestens im Herbst, eventuell aber auch schon nach der Sommerpause beginnen wird. Für die Herren Koch

und Wulff geht es schließlich nicht nur um die Wiederwahl, sondern auch um die Wahrung bundespolitischer Ambitionen. Koch muss zudem seine absolute Mehrheit verteidigen.

Im ersten Halbjahr sieht es indes nicht wesentlich besser aus, da Bundeskanzlerin Angela Merkel zusätzlich zum innenpolitischen Reformdruck die außenpolitische Doppellast von EU-Ratspräsidentschaft und G 8-Vorsitz zu schultern hat. Für die EU hat sich Merkel nicht weniger vorgenommen, als die gescheiterte Verfassung doch noch auf den rechten Weg zu bringen. Die Tatsache, dass die EU zu Jahresbeginn um zwei Mitglieder gewachsen ist, macht das nicht gerade leichter.

Am gefährlichsten für Reformen aber ist die anziehende Konjunktur. Läuft es trotz Mehrwertsteuererhöhung weiterhin gut für Merkel und Co., dann wächst mit jedem Tag die Versuchung, beim Reformprozess um ein paar Stufen zurückzuschalten und ein paar Wohltaten zu ver-

teilen. Wie real diese Gefahr ist, verdeutlichen Aussagen des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, der sich zum Jahreswechsel für ruhigeres Reformtempo ausgesprochen hat.

Andererseits hat Beck das Tempo angeheizt, jedenfalls was den Wettlauf um das sozialere Profil betrifft. Seit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident im letzten Jahr mit seiner Forderung nach einer längeren Bezugsdauer des ALG I für ältere Arbeitslose die SPD links überholt hat, sorgen sich die Genossen um ihr soziales Profil. Also hat Beck Steuergutschriften für Geringverdiener angeregt – ohne allerdings zu sagen, wie das finanziert werden soll.

Ungeachtet solcher Begehrlichkeiten will die Kanzlerin jedoch am Reformkurs festhalten, unterstützt von Vizekanzler Müntefering, der das Tempo sogar erhöhen will. Mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist dem Arbeitsminister immerhin die bislang weitsichtigste Reform gelungen. Sie beginnt 2012 und ist 2035 abgeschlossen.

Eine bislang unterschätzte Gefahr liegt hingegen im Einigungsprozess selber. Schon die Rücksichtnahme auf den kleineren Koalitionspartner hat zu einer derartigen Komplexität geführt, dass sie für den Durchschnittsbürger kaum noch durchschaubar sind. Paradebeispiel ist der Gesundheitsbereich, der zudem am augenfälligsten illustriert, was passieren kann, wenn sich zwei gleich starke Lager die Regierung teilen. Der Gesundheitsfonds ist die Quadratur des Kreises.

Der Konjunkturaufschwung ist keineswegs ein Zeichen dafür, dass frühere Reformen endlich zu wirken beginnen. Denn gerade die viel gepriesenen Hartz-Reformen haben sich fast durch die Bank als Flop erwiesen. Denn auch sie haben die Dinge nicht einfacher gemacht. Dazu fehlt der deutschen Politik einfach der Mut.

DER AUTOR

Helmut Uwer berichtet für unterschiedliche deutsche, schweizerische und österreichische Zeitungen aus Berlin. Aus Sicht der Hauptstadt schreibt er für die Mainzer „Allgemeine Zeitung“, „20cent“, die „Zürcher Landzeitung“ und die „Salzburger Nachrichten“. Der Sprachwissenschaftler war lange Jahre als Deutschlehrer im Ausland, bevor er 1984 seine journalistische Laufbahn einschlug, die streckenweise auch Online-Redaktionen umfasste.



Berufsgenossenschaften: Generalüberholung überfällig



2007 soll die gesetzliche Unfallversicherung reformiert werden. Die Arbeit hat begonnen, erste Umrissse sind bereits erkennbar.

DIE GESETZLICHE Unfallversicherung ist die kleinste und zugleich älteste der fünf Sozialversicherungen in Deutschland. Als solche macht sie im Vergleich zu ihren großen Schwestern Gesundheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und Rente eher wenig Schlagzeilen. Wohl auch deshalb, weil sie als einzige allein von den Arbeitgebern finanziert wird und damit den Geldbeutel der Beschäftigten verschont. Durchschnittliche Kosten von 1,31 Prozent der Lohnsumme klingen auf den ersten Blick relativ harmlos. Gerade für Mittelständler in personalintensiven, gefahrgeneigten oder schrumpfenden Branchen ist der Beitrag zur Berufsgenossenschaft (BG) aber oftmals alles andere als ein Zuckerschlecken. Mit in einzelnen Gewerbezweigen über 10 Prozent stellt er für manche Unternehmen eine höhere Belastung als der Arbeitgeberanteil in jeder anderen Sozialversicherung dar. Nicht nur deshalb, sondern auch wegen teilweise renitenter Prüfpraxis in Betrieben, einem Wust zu beachtender Unfallverhütungsvorschriften, dem Inkasso der Insolvenzgeldumlage und ihrer Monopolstellung genießen die BGen bei Unternehmen nicht den besten Ruf. Dabei wird gelegentlich allerdings vergessen, dass das Grundprinzip der zivilrechtlichen Haftungsablösung im Gegenzug die

Arbeitgeber vor hohen Vermögensschäden schützt und diese in der Selbstverwaltung den Kurs seit Jahrzehnten auch selbst mitbestimmen.

SEIT DER EINFÜHRUNG im Jahr 1884 besteht die Unfallversicherung in ihren wesentlichen Grundzügen mehr oder weniger unverändert. Gesetzliche Änderungen bezogen sich bislang einseitig nur auf Leistungsausweitungen, während Strukturveränderungen weitgehend unterblieben. Auf Drängen der Union wurde 2005 eine Reform im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankert. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des sozialdemokratischen Bundesarbeitsministers Franz Müntefering hat inzwischen erste Eckpunkte vorgelegt, die durchaus in die richtige Richtung weisen. Auf die weitgehenden Vorschläge zur Organisationsstraffung haben die aufgeschreckten Berufsgenossenschaften zum Jahreswechsel schon mit eigenen Vorschlägen reagiert und weitere freiwillige Fusionen sowie einen neuen Lastenausgleich angekündigt. Eine effizientere Ausgestaltung des bestehenden Leistungsrechts ist zwar ebenfalls vorgesehen. Da heiße Eisen wie die Ausgliederung der 1,4 Mrd. Euro teuren Wegeunfälle aus dem Leistungskatalog, der Versicherungsschutz

für Schwarzarbeit oder die überdurchschnittliche Arztvergütung bislang noch nicht angepackt wurden, sind spürbare Kostentlastungen durch die geplante Reform im jetzigen Stadium allerdings noch nicht erkennbar.

ZWAR WEISEN die Beiträge bei langfristiger Betrachtung eine leicht rückläufige Tendenz auf. Ihre relative Stabilität und geringe Prozentzahl verschleiert

aber, dass die Aufwendungen in der Vergangenheit trotz großer Erfolge im Arbeitsschutz kontinuierlich angewachsen sind. Die Ausgaben der Berufsgenossenschaften lagen 2005 bei etwa 8,8 Milliarden Euro. Seit 1991 nahmen sie um rund 25 Prozent zu. Das Umlagesoll pro Vollarbeiter ist im gleichen Zeitraum von 239 auf 298 Euro und damit um ebenfalls fast ein Viertel gestiegen.

DIE UNFALLVERSICHERUNG

Prävention am Arbeitsplatz – finanzielle Absicherung verunfallter Beschäftigter – Haftungsablösung des Arbeitgebers

Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine Pflichtversicherung, die von der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich (Kindergärten, Schulen, Universitäten) vom Staat finanziert wird. Die Berufsgenossenschaften im gewerblichen und die Unfallkassen im öffentlichen Sektor sichern die Folgen von Berufskrankheiten sowie von Unfällen am Arbeitsplatz und auf dem Weg zur und von der Arbeitsstelle ab. Die Kosten trägt allein der Arbeitgeber. Im Gegenzug dafür ist er von allen weiteren zivilrechtlichen Ansprüchen seiner Beschäftigten für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten freigestellt (Haftungsablösung). Finanziert wird die Versicherung durch eine Umlage auf die Grundlohnsumme.

Die Beitragshöhe hängt darüber hinaus insbesondere vom Gewerbezweig und der jeweiligen Gefahrenartikelflasse ab. Das soll Anreize zur Unfallvermeidung erhöhen. Tatsächlich sinkt die Zahl der Berufsunfälle seit Jahren, zuletzt lag sie bei 801.000 p.a. Der durchschnittliche Beitragssatz liegt bei 1,31 Prozent. Er weicht aber je nach Branche teils erheblich davon ab. Die noch 26 gewerblichen Berufsgenossenschaften versichern 42,5 Millionen Arbeitnehmer. 3,2 Millionen Unternehmen haben zuletzt 8,8 Milliarden Euro in die Versicherung eingezahlt. Mit etwa 5 Milliarden Euro sind Rentenzahlungen der mit Abstand größte Ausgabenbereich der Berufsgenossenschaften, vor Gesundheits- und Rehabilitation sowie Verwaltungs- und Verfahrenskosten. Kontrolliert werden die gewerblichen BGen durch die Selbstverwaltung, in der – obwohl nicht paritätisch finanziert – Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sitzen.

Die Unfallversicherung der öffentlichen Hand gliedert sich aktuell in 33 Kassen. Darin sind rund 5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und den dazugerechneten Unternehmen versichert. Hinzu kommen 17,4 Millionen Schüler und Studenten. Das Umlagesoll beträgt 1,2 Milliarden Euro. Der Schutz am Arbeitsplatz wird vor allem durch die Vorgaben der Unfallverhütungsvorschriften bestimmt, die die BGen erlassen und deren Einhaltung sie überwachen. Diese müssen vom Bundesarbeitsministerium genehmigt werden. Bei Prävention und Rehabilitation nehmen die deutschen Berufsgenossenschaften international eine Spitzenstellung ein.

ECKPUNKTE

Bund-Länder-Eckpunkte (Herbst 2006)

- Schaffung einer einheitlichen öffentlich-rechtlichen Spitzenkörperschaft für den gewerblichen und öffentlichen Bereich mit verbindlicher Entscheidungskompetenz in Grundsatz- und Querschnittsaufgaben.
- Reduzierung der Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften auf höchstens 6 Träger durch freiwillige Fusionen, notfalls per Gesetz.
- Reduzierung der Träger der öffentlichen Hand auf höchstens einen landesunmittelbaren Träger je Land (entspricht 19).
- Reduzierung der Beitragssatzspreizung zwischen den gewerblichen Berufsgenossenschaften von gegenwärtig 5 Prozentpunkten auf höchstens zwei Prozentpunkte (gemessen ohne Bergbau-BG). Kann dies nicht allein durch Fusionen erreicht werden, ist ergänzend ein Finanzverbund einzuführen.
- Straffung der Selbstverwaltung durch Reduzierung der Zahl der Mitglieder der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaften auf 30.
- Einführung eines Leistungs- und Qualitätsbenchmarks.
- Reduzierung der Verwaltungs- und Verfahrenskosten um 20 Prozent (Einsparziel rund 250 Mio. Euro)
- Aufgliederung der bisherigen Unfallrenten in zwei gesonderte Leistungen: eine einkommensabhängige Erwerbsminderungsrente zum Erwerbsschadensausgleich und einen einkommensunabhängigen Gesundheitsschadensausgleich
- Unfallrenten sollen nur noch bis zum Bezug der Altersrenten geleistet und grundsätzlich auf den Ausgleich des Erwerbsschadens konzentriert werden. (Wegfall des Vorrangs der Unfallrenten vor den Altersrenten)
- Ausweitung der Möglichkeiten zur Abfindung anstelle von Kleinrenten insbesondere im Bereich des Gesundheitsschadensausgleichs
- Beibehaltung der Wegeunfälle im Leistungskatalog
- Keine Aufhebung des Unfallversicherungsschutzes bei Schwarzarbeit
- Verankerung des Wirtschaftlichkeitsgebotes bei Heilbehandlung und Vergütung
- Präzisierungen im Berufskrankheitenrecht

DEM RADIKALEN ordnungspolitischen Ruf nach einer Privatisierung verweigert sich die Versicherungswirtschaft seit Jahren standhaft aufgrund der milliardenschweren Rententlasten. Ein Systemwechsel mit Abschaffung der Berufsgenossenschaften und Ersetzung der gesetzlichen Unfallversicherung durch eine bloße Versicherungspflicht durch Private wäre bei Lichte betrachtet auch für die

Unternehmen mit kaum absehbaren Umstellungskosten und Unwägbarkeiten verbunden. Da es in der bestehenden Unfallversicherung über die derzeitigen Vorschläge hinaus sinnvolle weitere Einsparpotenziale gibt, die noch ausgeschöpft werden können, muss aber auch eine Reform im System keine schlechte sein. So bleibt für die anstehende politische Auseinandersetzung noch genug zu tun,

BESCHLÜSSE

Beschlüsse der Selbstverwaltung der gewerblichen Berufsgenossenschaften (Dezember 2006)

- Beibehaltung der Kernprinzipien Prävention, Branchenorganisation und die Kopplung des Beitrags an die Risiken
- Fortführung des 2005 begonnenen Fusionsprozesses mit einer Zielgröße von 9 gewerblichen Berufsgenossenschaften spätestens im Jahr 2012 mit je einem Träger für die Branchen Rohstoffgewinnung/-verarbeitung, Metallgewinnung/-verarbeitung, verarbeitendes Gewerbe, Nahrungsmittel/Gaststätten, Handel, Transport/Verkehr, Baugewerbe, Verwaltung sowie Gesundheitsdienst/Wohlfahrtspflege
- Fusion der Spitzenverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) und der öffentlichen Unfallkassen (BUK) zur „Deutsche gesetzliche Unfallversicherung“ auf freiwilliger Basis im Wege des Vereinsrechts zum 1.7.2007, um Doppelstrukturen abzubauen und Ressourcen zu konzentrieren
- Überaltlastausgleich: Einführung eines neuen Systems, um die Lasten zwischen den Branchen zu verteilen. Jede BG trägt danach zunächst ihre Rentenlast im Umfang der aktuellen Strukturen. Die darüber liegenden Rentenlasten (Überaltlast) werden solidarisch aufgeteilt. Der Verteilungsmaßstab und damit die Größenordnung des Überaltlastausgleichs soll durch die Politik entschieden werden.
- Neue Leitlinien und verbindliche Verfahren sowie eine Schiedsstelle zur klareren Zuordnung von Unternehmen zu einer BG.

wenn es nun in den kommenden Monaten um die Konkretisierung der Eckpunkte in Form eines Gesetzentwurfes und die

anschließende parlamentarische Beratung geht. Die Mühe lohnt. Denn eine Generalüberholung ist lange überfällig. *kss*

MIT-STANDPUNKT

„Keine Tabus“

MIT-Mitglied Andrea Voßhoff, MdB, ist innerhalb des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der Unionsbundestagsfraktion für das Thema „Reform der gesetzlichen Unfallversicherung“ zuständig.



„Gerade der Mittelstand erwartet von einer Reform der Berufsgenossenschaften neben Bürokratieabbau auch eine spürbare Entlastung und langfristige Stabilisierung der Beiträge. Die Eckpunkte sind eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken. Ihre vorgelegten eigenen Vorschläge zur Organisationsstraffung sollten deshalb Vorrang vor gesetzlichen Zwangsmaßnahmen haben. Vorrangige Aufgabe der Politik muss es sein, das bestehende Leistungsrecht zu reformieren. Hier wünsche ich mir den Mut und die Bereitschaft, den Leistungskatalog systematisch und konsequent auf den Prüfstand zu stellen. Wir sollten diese Reform ohne Ideologie und ohne Tabus anpacken.“



Mäßigung auch im Aufschwung

Von Dr. Hagen Lesch

MIT DEM Konjunkturaufschwung in Deutschland wachsen auch die Begehrlichkeiten. Die IG Metall denkt schon laut über eine Lohnforderung von 6,5 Prozent nach, die moderatere Chemiegewerkschaft will auf jeden Fall mehr herausholen als zuletzt. Wenn die Gewinne der Unternehmen steigen, müssen auch die Arbeitnehmer angemessen beteiligt werden, so das Credo von Gewerkschaftlern und einigen Politikern.

Lohnzurückhaltung schafft Arbeitsplätze

Dabei gilt im Abschwung wie im Aufschwung gleichermaßen: Verteilt werden kann nur, was auch erwirtschaftet wird. Maßstab hierfür ist das Produktivitätswachstum, das zuletzt bei etwa zwei und im Trend der letzten Jahre bei 1,5 Prozent lag. Steigen Löhne und Produkti-

vität in gleichem Maße, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Es entsteht weder ein Preisdruck noch ein Zwang zur Rationalisierung über den Abbau von Arbeitsplätzen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass der konjunkturelle Aufschwung derzeit zwar auf dem Arbeitsmarkt ankommt, aber immer noch mindestens vier Millionen Menschen Arbeit suchen. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive ist es daher ratsam, das Produktivitätswachstum nicht vollständig an die Arbeitnehmer zu verteilen, sondern einen Teil in die Mehrung der Beschäftigung zu stecken. Denn zum einen wird Arbeit durch Lohnzurückhaltung im Vergleich zu Kapital billiger, es lohnt sich mithin, arbeitsintensiver zu produzieren. Zum anderen steigt die optimale Produktionsmenge, so dass die Betriebe mehr Arbeit nachfragen.

Lohndisziplin zahlt sich aus

Der Forderung nach Lohnzurückhaltung wird entgegengehalten, die Mäßigung der letzten zehn Jahre trage Schuld an der schwachen Konsumnachfrage in Deutschland, ohne den Aufbau neuer Arbeitsplätze gefördert zu haben. Dabei lässt sich mit Hilfe statistischer Verfahren zeigen, dass das schwache Wirtschaftswachstum den positiven Einfluss der Lohnzurückhaltung auf die Beschäftigungsentwicklung lange Zeit überlagert hat. Werden die Beschäftigungseffekte der Lohnzurückhaltung isoliert, zeigt sich für die Jahre von 1975 bis 2004: Nimmt die Lohnzurückhaltung um einen Prozentpunkt zu, steigt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im folgenden Jahr um gut 0,5 Prozent. Das entspricht einer Zunahme von über

110.000 Personen. Aber auch ohne die Verwendung statistischer Methoden zeigt ein Blick auf die jüngste Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, dass sich die Lohndisziplin auszuzahlen beginnt: Im Vergleich zum Vorjahr waren 2006 etwa 176.000 Arbeitnehmer mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies liegt auch an der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

MIT DEM Beschäftigungsanstieg steigen auch die Chancen einer Konsumbelebung, weil mehr Menschen in Arbeit sind und dadurch auf ein höheres verfügbares Einkommen zurückgreifen können. Damit werden nachfrageseitig die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um den Aufschwung auf eine breitere Basis zu stellen. Dies sollten sich auch die An-

hänger des Kaufkraftarguments vor Augen halten. Die Vorstellung, die Löhne der Beschäftigten müssten kräftig steigen, damit die Konjunktur brummt, kann ohnehin nicht überzeugen. Sie lässt völlig außer Acht, dass Lohnzuwächse, die über das Produktivitätswachstum hinausgehen, die Produktion verteuern.

Einmalzahlung oder Gewinnbeteiligung

Natürlich fällt es angesichts steigender Umsätze und Gewinne schwer, die Begehrlichkeiten auf Seiten der Beschäftigten zu dämpfen. Es wäre beschäftigungspolitisch aber geradezu fatal, schon jetzt die Früchte des Maßhaltens zu ernten. Die Abschlüsse sollten sich im Durchschnitt auch weiterhin an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität orientieren. Das schließt branchenspezifische oder unternehmensbezogene Differenzierungen nicht aus. Das Instrument der variablen tariflichen Einmalzahlung, das in Branchen wie der Chemischen Industrie oder in der Metallindustrie schon Einzug gehalten hat, bietet hierzu die Möglichkeit. Wo es gut läuft, kann neben der tabellenwirksamen Lohnanpassung eine großzügige Einmalzahlung gewährt werden. Außerdem wäre der Zeitpunkt geeignet, um den tariflichen Rahmen für Gewinnbeteiligungen auszuweiten.

ZUR PERSON



Dr. Hagen Lesch ist Tarifexperte im Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Der Volkswirtschaftler ist zudem Lehrbeauftragter an der Rheinischen Fachhochschule Köln.

Exklusiv für MIT Mitglieder



i n v e n t

Hewlett-Packard

Ob PC und Drucker für zu Hause, Laptop unterwegs oder Digitalkamera für den Urlaub: der HP-Store hat immer das richtige Produkt für Sie. HP ist bekannt für Drucker. Aber wussten Sie, dass HP auch Marktführer im Bereich PCs und Notebooks ist? Davon können Sie jetzt doppelt profitieren: HP bietet exklusiv für Sie Sonderpreise an und liefert innerhalb von nur zwei Arbeitstagen, wenn die bestellten Produkte an Lager sind, bequem ins Büro oder nach Hause.



Bestellen oder informieren Sie sich direkt bei der kostenlosen Hotline 0800 / 50 40 100 (8.30 bis 18.00 Uhr). Um die Sonderkonditionen zu erhalten nennen Sie bitte den Code „Verband“.

Weitere Mitgliederangebote finden Sie im internen Bereich der MIT-Internetpräsenz www.mittelstand-deutschland.de

MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

in Kooperation mit corporate benefits GmbH

INTERVIEW

GESUNDHEIT

Dr. Rolf Koschorrek, MdB, Vorsitzender
der MIT-Gesundheitskommission



Eigenverantwortung wird in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen

Dr. Rolf Koschorrek ist neuer Vorsitzender der MIT-Gesundheitskommission. Der Zahnarzt aus Bad Bramstedt gehört seit 2005 dem Deutschen Bundestag an. Der 50-Jährige ist u.a. Mitglied im Gesundheitsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung. Zudem ist Koschorrek Beisitzer im CDU-Landesvorstand Schleswig-Holstein. Dr. Koschorrek ist derzeit unter den Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen der einzige niedergelassene Arzt. MittelstandsMagazin sprach mit ihm über die Potenziale eines liberalisierten Gesundheitssystems.

Das Thema Gesundheit wird vornehmlich aus Sicht der Versicherten diskutiert. Emotionsloser wäre wohl die Beschreibung der Perspektiven des Gesundheitssektors. Wie kann er sich entwickeln?

Dr. Rolf Koschorrek: In der Diskussion um unser Gesundheitssystem und vor allem in der Auseinandersetzung um die anstehende Gesundheitsreform wird viel zu wenig beachtet, dass die Gesundheitsbranche eine maßgebliche Wachstumsbranche, wenn nicht sogar der größte nationale Wachstumsmarkt ist. Die Gesundheitskosten werden in der Folge des medizinischen Fortschritts weiter steigen. Es ist ganz klar, dass diese Dynamik nicht mit der Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven oder dem Ausbau des Wettbewerbs einzufangen ist.

Die Gesunderhaltung der Bevölkerung wird in erheblichem Maß neue Arbeitsplätze und Investitionen schaffen. Eine Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) zeigt, dass im deutschen Gesundheitswesen bis 2020 insgesamt 1,2 Millionen neue Jobs entstehen, wenn das System liberalisiert würde. Und selbst wenn es bei unserem jetzigen System bleibt und sich nichts bzw. nur wenig ändert, wird es allein aufgrund der alternden Gesellschaft und infolge des steigenden Bedarfs an Gesundheitsleistungen rund 600.000 neue Jobs geben.

Was bedeutet das mit Blick auf die politischen Rahmenbedingungen?

Koschorrek: Der zu erwartende Beschäftigungsschub in einem liberalisierten Gesundheitssystem ist eine Folge der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft und der wachsenden Nachfrage von Gesundheitsleistungen. Unabhängig davon, ob es uns gefällt oder nicht gefällt, wird diese Entwicklung nach meiner Einschätzung mit einer Umschichtung von öffentlichen zu privaten Ausgaben verbunden sein müssen. Denn die Krankenversicherungen werden ebenso wie unser ganzes Sozialsystem und die öffentlichen Haushalte über kurz oder lang nicht mehr in der Lage sein, die hohen Gesundheitskosten in unserer alternden Gesellschaft aufzubringen.

Welche Grundzüge könnte das Gesundheitssystem künftig haben?

Koschorrek: Nach meiner Überzeugung wird die Eigenverantwortung künftig wieder eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. So heißt es zum Beispiel im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zum Thema Staatsfinanzen: „Nicht alles, was wünschenswert ist, wird der Staat zukünftig bereitstellen können. Dem Einzelnen wächst eine größere Eigenverantwortung zu. Diesen Übergang werden wir mit sozialem Augenmaß gestalten.“

Die Forscher des HWWI gehen davon aus, dass wir eine allgemeine Versicherungspflicht für alle Bürger einführen, die einen Katalog an gewissen Grundleistungen beinhaltet. Darüber hinaus müssten Versicherte sich darauf einstellen, höhere Selbstbehalte zu tragen. Ich halte dies für eine realistische Perspektive, auch wenn jetzt die Zeit offenbar noch nicht reif dafür ist, darüber öffentlich zu sprechen. Persönlich wünsche ich mir bereits bei der jetzigen Gesundheitsreform eine stärkere Eigenverantwortung der Versicherungsnehmer und in diesem Zusammenhang auch weitere Regelungen, die deutlich in Richtung Kostenerstattung zeigen.



Globalisierung und Rationalisierung sind für viele Bürger mittlerweile Reizworte. In einer globalisierten Welt sind die Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“ nicht mehr selbstverständlich.

Unternehmer – im Spannungsfeld zwischen Erfolg und Verantwortung?

Von Dr. Josef Schlarmann

Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

EXEMPLARISCH ERLEBTE ein solches Spannungsfeld im letzten Jahr der Siemens-Konzern. Die Bilanzzahlen waren gar nicht so schlecht, aber in der Öffentlichkeit durchlebte der Münchener Konzern ein Desaster nach dem anderen.

ERST TRENNTTE sich Siemens von seinen Wurzeln, dem Telefongeschäft, und brachte den Bereich in ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem finnischen Konkurrenten Nokia ein. Die Finnen verstehen nämlich vom Geschäft mehr als die Münchener. Dann wurde bekannt, dass der Aufsichtsrat den Siemens-Vorständen pauschal eine Gehaltserhöhung von 30 Prozent genehmigt hatte. Begründung: Andere große Unternehmen zahlen mehr. Rund

zehn Tage danach ging BenQ pleite, jenes Unternehmen aus Taiwan, an das Siemens zuvor seine Handy-Sparte verkauft hatte. Mindestens 1.900 Mitarbeiter verlieren ihre Arbeit.

Manager ohne Moral?

Ein PR-Gau nach dem anderen, wie man in der Wirtschaftswelt sagt. Siemens-Chef Klaus Kleinfeld war der böse Bube und schaffte es sogar auf die erste Seite der Bild-Zeitung. Und zu allem Überfluss holte ihn dann auch noch die Korruptionsaffäre ein. Trotz guter Zahlen ein schlechtes Jahr für Siemens. Manager ohne Moral – mit diesem Vorwurf sieht sich auch Michael Dieckmann von der Allianz konfrontiert. Der Versicherungskonzern verdient gutes Geld, trotzdem werden 5.000 Arbeitsplätze gestrichen.

SOLCHE VORGÄNGE beschädigen nicht nur das Ansehen von Konzernbossen, sondern verstärken das vorhandene Ressentiment in der Gesellschaft gegen-

über Unternehmern. Die Skandale und das Verhalten von Managern in Deutschland werden damit auch zu einem Problem für mittelständische Unternehmer.

ÜBER JAHRZEHNTE war die Öffentlichkeit davon überzeugt, dass der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens Arbeitsplätze sichert und höhere Löhne garantiert. Inzwischen sind immer weniger Leute davon überzeugt, dass auch die Menschen profitieren, wenn es der Wirtschaft gut geht. „Nichts ist der Bevölkerung so unheimlich wie die Beobachtung, dass Arbeitsplätze selbst in Unternehmen, denen es gut geht, nicht mehr sicher sind“, hat das Meinungsforschungsinstitut Allensbach in einer Umfrage festgestellt.

ZU DENKEN GIBT insbesondere, dass trotz der guten Wirtschaftsentwicklung die Distanz zwischen Bürgern und Wirtschaft wächst. Laut Allensbach bestreitet heute die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, dass Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft hat. Immer weniger Menschen sind davon überzeugt, dass Wirtschaft und Bevölkerung in einem Boot sitzen. Immer mehr glauben, dass Wirtschaft und Bevölkerung letztlich gegensätzliche und unvereinbare Interessen haben.

STEUERZAHLUNGEN

Unternehmen zahlen Rekordsumme

Die Unternehmen in Deutschland haben 2006 erstmals mehr als 100 Milliarden Euro Steuern gezahlt. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) summieren sich Körperschaft-, Gewerbe- und unternehmerische Einkommensteuer auf den Betrag von 103,1 Milliarden Euro – so viel wie niemals zuvor. Im vergangenen Jahr waren es erst 87,4 Milliarden Euro. Auf die Gewerbesteuer entfallen danach 37,8 Milliarden Euro, auf die Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag 32,8 Milliarden Euro und auf die Einkommensteuer plus Soli 32,5 Milliarden Euro. Besonders schwierig war es für die IW-Forscher, den Unternehmensanteil an der Einkommensteuer zu berechnen. Er wird von den Finanzämtern nicht separat ausgewiesen. Bei ihrer Kalkulation haben sich die Wissenschaftler nun an einem Modell des Bundesfinanzministeriums orientiert, das den Unternehmen einen festen Bestandteil am Aufkommen der Einkommensteuer zuordnet.

DAS WACHSTUM

Familienunternehmen hängen Dax-Konzerne ab

Die führenden deutschen Familienunternehmen wachsen dynamischer als die börsennotierten Aktiengesellschaften. Das zeigt das neue Handelsblatt-Ranking der 30 größten Unternehmen, die komplett im Besitz einer oder mehrerer Familien sind. Sie haben beim Umsatz zuletzt im Schnitt fast doppelt so stark zugelegt wie die im deutschen Leitindex Dax-30 notierten Konzerne.

Der Umsatz der Top-Familienunternehmen stieg im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr durchschnittlich um 9,7 Prozent. Die größten börsennotierten Konzerne erreichten im selben Zeitraum im Schnitt nur ein Wachstum von 5,5 Prozent. Und diese Überlegenheit ist nicht nur eine Momentaufnahme: Bereits im vorigen Jahr schnitten Familienfirmen deutlich besser ab als Publikumsgesellschaften.

Damit mausern sich die oft unterschätzten Familienunternehmen mehr und mehr zum Vorbild für börsennotierte Aktiengesellschaften. Denn diese Zahlen unterstreichen laut Experten, dass sich eine langfristige strategische Orientierung in Unternehmen auszahlt. „Familienunternehmen denken nicht in Quartalen, sondern in Generationen“, sagt Torsten Groth vom Institut für Familienunternehmen der Universität Witten/Herdecke. „Ziel der Eigentümer ist die Weitergabe eines gesunden Unternehmens an die Nachfahren.“ Anders sei dies bei börsennotierten Publikumsgesellschaften, deren Vorstände entsprechend der Dauer ihres Vertrags nur einen Zeithorizont von wenigen Jahren im Auge hätten.

Die langfristige Orientierung hat offenbar auch positive Wirkungen für den Arbeitsmarkt. Nach Berechnungen des Handelsblatts steigerten die 30 größten Familienunternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr die Zahl der Mitarbeiter im Schnitt um 9,2 Prozent. Bei den Dax-30-Konzernen lag der durchschnittliche Zuwachs nur bei 1,6 Prozent. „Familienunternehmen bieten Mitarbeitern in der heutigen Zeit oft mehr Beständigkeit und Sinn“, sagt Dieter Heuskel, scheidender Deutschlandchef der Boston Consulting Group. Damit hätten sie gegenüber börsennotierten Gesellschaften auch eine hervorragende Position beim Buhlen um hoch qualifizierte Führungskräfte.

Wachsende Zweifel

Die wachsenden Zweifel der Bevölkerung, ob Bürger und Unternehmen durch gemeinsame Interessen verbunden sind, beeinflussen inzwischen auch das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft und verunsichern insbesondere die Unionsparteien. Der Appell, insbesondere aus Nordrhein-Westfalen, die Union müsse mehr soziale Kompetenz zeigen, ist dafür ein deutliches Zeichen.

ES IST DESHALB höchste Zeit, sich stärker den wirtschaftsethischen Fragen zuzuwenden. Eine Reformstrategie, die einseitig auf die Steigerung der Produktivität

deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb setzt, wird von vielen Menschen in erster Linie als Bedrohung, nicht als Sicherung von Arbeitsplätzen verstanden. Schlüsselworte wie „Rationalisierung“ und „Globalisierung“ sind für die Mehrheit Reizworte. 72 Prozent reagieren auf den bloßen Begriff „Rationalisierung“ mit spontaner Antipathie, 58 Prozent genauso auf den Begriff „Globalisierung“.

Moral oder Moralismus?

Doch wie sollen Ökonomie und Moral zusammengebracht werden? Schon bei der Bewertung des Gewinns zeigt sich die Breite des Grabens. Viele gebildete

Menschen, vermutlich die Mehrheit, haben eine tiefe Abneigung gegenüber ökonomischem Denken. Ich möchte einen französischen Schriftsteller, Antoine de Saint-Exupéry, zitieren, der einmal gesagt hat: „Wer nur für Gewinn kämpft, erntet nichts, wofür es sich zu leben lohnt.“

ABER AUF DER anderen Seite steht Adam Smith, der Begründer der modernen Nationalökonomie, für den Eigennutz die entscheidende Antriebsfeder auf dem Weg zum Gemeinwohl ist. Ich halte es wie Joseph Ratzinger, dem heutigen Papst Benedict XVI., der einmal gesagt hat: „Eine Moral, die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral.“

IN DIESEM Zusammenhang lohnt es sich auch, an Wilhelm Röpke – einen der Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft – zu erinnern, der sich insbesondere mit den Grenzen der wirtschaftlichen Freiheit auseinandergesetzt hat. Er schreibt: „Freiheit ist unmöglich ohne moralische Bindungen allerhöchster Ordnung. Freiheit ohne Normen und Regeln, ohne moralische Selbstdisziplin des einzelnen ist die furchtbarste Unfreiheit für alle diejenigen, die dabei zertrampelt werden.“

Das Brot mehrer, nicht verteilen

Die primäre Verantwortung des Unternehmers in einer Marktwirtschaft besteht darin, die Kunden mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen und dadurch Gewinn zu erzielen. Völlig falsch ist die in der Öffentlichkeit vorherrschende Meinung, Unternehmen seien dazu da, Arbeitsplätze zu schaffen und Steuern zu zahlen. Arbeitsplätze entstehen und Steuern können gezahlt werden, wenn die Unternehmer am Markt erfolgreich sind und Gewinne erzielen.

DIE HAUPTAUFGABEN des Unternehmers ist die wirtschaftliche Wertschöpfung; sein zentraler Auftrag ist es, das Brot zu vermehren, nicht es – im Zeichen etwa der „sozialen Gerechtigkeit“ – zu verteilen. Die Unternehmer erzeugen „das Brot“ – und die Politiker schneiden es dann nach ihrem Belieben zurecht. Was wir heute vor allem brauchen, ist eine Unternehmensethik des „Mehrens“, keine des „Rationierens und Teilens“.

Kein moralisches Vakuum

Die Frage nach der Verantwortung des Unternehmers stellt sich im Zusammenhang mit seiner primären Aufgabe der Wertschöpfung. Dabei geht es um drei ethische Ebenen. Die erste Ebene lässt sich am besten mit dem Begriff des „ehrbaren Kaufmanns“ beschreiben. Wir dürfen erwarten, dass der Unternehmer die alten kaufmännischen Tugenden wie Ehrlichkeit, Vertragstreue und Mäßigung bei seinem Handeln beachtet.



Die Skandale und das Verhalten von Managern in Deutschland werden langsam auch zum Problem für mittelständische Unternehmer, weil sich Ressentiments innerhalb der Gesellschaft gegenüber Unternehmern verstärken.



MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann ist als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg tätig.

IN EINER globalisierten Welt sind diese Tugenden nicht mehr selbstverständlich, was an dem Tatbestand der Korruption deutlich wird, die in vielen Ländern zum Geschäft gehört. Gleiches gilt für Managergehälter, die in den USA nach unseren Maßstäben utopische Höhen erreichen können. Ist das ein Maßstab für Manager in Deutschland? Meine Auffassung ist, dass sich ethische Fragen nur national beantworten lassen. Auch wenn Manager global denken, handeln sie lokal und müssen dabei die heimische Öffentlichkeit in Rechnung stellen. Für Global Players darf es kein moralisches Vakuum geben.

DIE ZWEITE ethische Ebene betrifft die Frage, wem gegenüber Unternehmen Verantwortung tragen. Hier gehen die angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Vorstellungen auseinander. Während die angelsächsischen Länder den Zweck des Unternehmens vornehmlich darin sehen, den Nutzen der Eigentümer zu mehren, entspricht es kontinentaleuropäischer Auffassung, dass die Unternehmen auch Verantwortung gegenüber Kunden und Lieferanten, Mitarbeitern und Kapitalgebern sowie der Öffentlichkeit und dem Staat tragen.

DIESER UNTERSCHIED kann für die Unternehmensführung insbesondere hinsichtlich der Gewinnerzielung prägend sein. Unternehmen unter dem Einfluss angelsächsischer Investoren agieren stärker renditeorientiert als hiesige Unternehmen. Dies gilt vor allem im Verhältnis zu eigentümergeführten Unternehmen im Mittelstand, bei denen die langfristige Sicherung des Unternehmens im Vordergrund steht. Meine Überzeugung ist, dass das kontinentaleuropäische Konzept dem amerikanischen langfristig überlegen ist.

DER ARZTBESUCH

Deutsche gehen 16 Mal im Jahr zum Arzt

Jeder in Deutschland geht statistisch gesehen mehr als 16 Mal pro Jahr zum Arzt. Dies geht aus einer Auswertung der Gmünder Ersatzkasse (GEK) hervor. International ist das ein Spitzenwert. Die Krankenkasse macht die hohe Arztdichte dafür verantwortlich. Sie habe seit 1990 um 40 Prozent zugenommen. Im Lauf eines Jahres geht fast jeder zum Arzt: 91 Prozent hatten mindestens einen Kontakt. Alle Kontakte geteilt durch die Bevölkerung ergaben ein Mittel von 16,3 Besuchen pro Jahr. Nur Tschechien, die Slowakei und Japan verzeichneten mit zwölf bis 14,4 Arztkontakten pro Kopf ähnlich hohe Zahlen.

Doch belegt die Auswertung auch, dass die Arztkontakte extrem unterschiedlich verteilt sind und die Kosten für die ambulante Behandlung in Deutschland trotz allem vergleichsweise niedrig ausfallen. Dafür würden nach OECD-Daten von 2003 in Deutschland 327 Dollar pro Kopf und Jahr ausgegeben. In Ländern wie Österreich (471 Dollar), Dänemark (658 Dollar), Japan (675 Dollar) oder der Schweiz (681 Dollar) liegen die von der OECD ermittelten Werte wesentlich höher.

ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Nur der Mittelstand schafft Stellen

Ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen haben in den Jahren 2003 bis 2005 in Deutschland neue Arbeitsplätze geschaffen. Während Großunternehmen und öffentlicher Dienst zusammen über 100.000 Jobs abgebaut haben, stellten die Mittelständler insgesamt 400.000 zusätzliche Mitarbeiter ein.

Das sind die zentralen Ergebnisse des KfW-Mittelstandspanels 2006. Den Hochrechnungen des KfW-Mittelstandspanels zufolge hat der deutsche Mittelstand bis Ende 2006 noch eine weitere halbe Million neue Arbeitsplätze geschaffen. Investierende Unternehmen wachsen laut KfW-Mittelstandspanel pro Jahr im Durchschnitt um 1,7 Prozent und damit deutlich stärker als nicht-investierende, die sogar im Schnitt Personal reduzieren (-3,4 Prozent). Besonders viele neue Jobs schufen junge, innovative, kontinuierlich forschende Unternehmen: Ihre Belegschaft wachse jährlich, sofern sie investieren, um 11,1 Prozent. Von den 3,5 Millionen deutschen Mittelständlern investierten im vergangenen Jahr 1,4 Millionen und damit etwas weniger als 2004 (1,6 Millionen). Das Investitionsvolumen kleiner und mittlerer Unternehmen sei 2005 jedoch mit 168 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. 2003 und 2004 sei das Volumen jeweils um etwa 10 Prozent zurückgegangen.

DIE DRITTE EBENE der unternehmerischen Verantwortung ist das bürgerliche Engagement der Unternehmen. Dieses folgt dem bekannten Motto: „Frage nicht, was das Land für Dich tun kann, sondern frage, was Du für das Land tun kannst!“ Ich möchte darauf verzichten, die vielfältigen Möglichkeiten anzuführen, auf denen sich vor allem mittelständische Unternehmen bereits betätigen. Das Spektrum erfasst nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche, angefangen von sozialen Projekten über kulturelles und sportliches Sponsoring bis hin zu wissenschaftlichen Stipendien.

Unternehmerische Freiheit und Verantwortung
Abschließend möchte ich aber auf einen wesentlichen Punkt im Zusammenhang mit der Verantwortung des Unternehmers hinweisen. Unternehmer können nur dann in Verantwortung übernehmen, wenn ihnen auch die Chance gegeben wird, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Und damit bin ich bei der Politik.

ERFOLGREICHE UNTERNEHMEN benötigen marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, wozu insbesondere die unternehmerische Freiheit gehört. Unternehmerische Freiheit und unternehmerische Verantwortung sind deshalb zwei Seiten einer Medaille.

WER DIE UNTERNEHMEN also stärker in die Verantwortung nehmen will, muss gleichzeitig sagen, wie er die Unternehmen von bürokratischen Fesseln befreien und von Steuern und Abgaben entlasten will. Wenn der Staat immer mehr regelt und die Abgabenquote weiter erhöht, lässt er den Unternehmen wenig Spielraum für verantwortliches Handeln.

DIES BETRIFFT vor allem die mittelständischen Unternehmen, die zum Standort Deutschland verurteilt sind. Die sogenannten Global Player können sich den nationalen Regeln weitgehend entziehen. Sie gewinnen damit mehr Freiheit, ohne gleichzeitig zusätzliche Verantwortung übernehmen zu müssen. Hier liegt das eigentliche Problem!

Mehr Eigenkapital und besseres Rating erleichtert die Finanzierung



WENN UNTERNEHMER mit den Kreditsachbearbeitern der Geldinstitute Finanzierungsfragen diskutieren, geht es fast immer um das vorhandene Eigenkapital. Die vermeintlich niedrige Ausstattung gerade der kleinen und mittleren Firmen wird dabei schnell für die Zurückhaltung bei der Darlehenszusage verantwortlich gemacht. Trotz der angeblich neuen Großzügigkeit bei der Kreditvergabe hat ein Drittel der Betriebe in Deutschland nach wie vor große Probleme bei der Finanzierung von geplanten Investitionen.

DIE BEHAUPTUNG, die Eigenkapitalquote sei hier zu Lande im internationalen Vergleich extrem niedrig, lässt sich schon deshalb nicht beweisen, da ein direkter Vergleich mit anderen Ländern wegen der unterschied-

lichen Rechtssysteme, Rechnungslegung und Finanzierungsarten nahezu unmöglich

„Je größer ein Unternehmen ist, desto besser ist seine Ausstattung mit Eigenkapital“

aus der KfW-Studie

ist. Selbst in Deutschland gibt es weder ein zentrales Unternehmensregister noch eine nationale Bilanzdatenbank.

DESHALB HAT die KfW-Bankengruppe rund 20.000 Firmenabschlüsse aus den Jahren 2001 bis 2003 durchleuchtet. Ergebnis: In diesem Zeitraum hat sich die durchschnittliche Eigenkapitalbasis von 25,4 auf 27,0 Prozent verbessert. „Allerdings streu-

Diskrete Geschäftszahlen im Internet

Ein vom Bundestag im September 2006 beschlossenes Gesetz zur Publizitätspflicht von Kapitalgesellschaften hat enorme Auswirkungen für mittelständische Unternehmer. Denn: Ob GmbH oder GmbH & Co. KG – ab 2007 müssen alle ihre Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Lagebericht samt Anhang einer öffentlichen Datenbank melden, also eher diskrete Informationen über die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage publizieren. Wegen des öffentlichen Charakters bekommt auch die Konkurrenz nunmehr Einblick in bislang geheime Daten. Zuerst betroffen sind Firmen, deren laufendes Geschäftsjahr bereits vor dem 31. Dezember endet, zum Beispiel am 30. Juni. Deren Zahlen sind spätestens ab Juli 2008 im Internet nachzulesen.

Es gibt allerdings einen Trick, um der Veröffentlichung zu entgehen. Sobald neben der Kapitalgesellschaft eine natürliche Person – zum Beispiel ein nicht sehr vermögendes Mitglied der Familie – für die Firmenschulden haftet, bleiben alle Zahlen geheim.

en die Ergebnisse stark“, heißt es in der Studie, „und zwar nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Branchen, Größenklassen und Rechtsformen“.

DIE FAKTEN:

- Knapp ein Fünftel der betrachteten Mittelständler kam im Bilanzjahr 2003 auf eine negative Eigenkapitalquote, zehn Prozent der Firmen sogar auf ein Minus von 18,9 Prozent und mehr.
- Andererseits konnte ein Viertel der untersuchten Unternehmen in der Bilanz ein haftendes Eigenkapital von 36 Prozent und mehr ausweisen. Jeder zehnte Betrieb hatte sogar ein Polster von mindestens 58 Prozent vorzuweisen.

DIE KFW-ANALYSTEN kommen zu dem Schluss: „Je größer ein Unternehmen ist, desto besser ist im Allgemeinen auch seine Ausstattung mit Eigenkapital.“

- Bei einem Jahresumsatz von weniger als einer Million Euro lag die Eigenkapitalquote im Durchschnitt bei 17,6 Prozent.
- Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz kommen mit 31,1 Prozent auf eine fast doppelt so hohe Quote.
- Unterteilt nach Branchen kann das Verarbeitende Gewerbe mit 29,8 Prozent das beste Ergebnis vorweisen, das Baugewerbe mit 17,4 Prozent

die schlechteste Quote. Der Handel (22,8 Prozent) und die Dienstleister (24,3 Prozent) liegen im Mittelfeld.

Nicht von ungefähr haben sich deshalb die Finanzierungsbedingungen insgesamt verbessert. Denn 40 Prozent der 6.000 von der KfW befragten Unternehmen aller Branchen und Größenklassen konnten im Vorjahr ihr Rating verbessern. Im engen Zusammenhang mit einer wieder besseren Konjunktur- und Ertragslage hat dies dazu geführt, dass die Betriebe nach Jahren erschwerter Finanzierung wieder leichter an Kredite kommen. Dies gilt allerdings sehr eingeschränkt für kleinere Unternehmen mit weniger als einer Million Euro Jahresumsatz.

DENN:

- Bei 46 Prozent der Kleinbetriebe haben sich die Finanzierungsbedingungen verschlechtert.
- Mit 35 Prozent bekommen sie doppelt so oft ihre Kreditanträge abgelehnt wie größere Unternehmen (18 Prozent).

„Viele Probleme sind hausgemacht“

KfW-Bank

„Viele Probleme sind schlicht hausgemacht“, schreibt die KfW-Bank. So wisse ein Viertel der Kleinbetriebe nicht einmal, ob für sie von der Hausbank ein Rating geführt werde. *cw*



Heuschrecken und andere Investoren

Spätestens seit der Heuschrecken-Attacke von Franz Müntefering stehen außerbörsliche Finanzinvestitionen – Private Equity genannt – in dem Geruch von Geierfonds, die Firmen übernehmen, ausplündern und dann in die Pleite entlassen. Dass Heuschrecken aber auch positive Einflüsse auf die Unternehmensentwicklung haben können, probiert die Bundesregierung derzeit ausgerechnet bei der Deutschen Telekom aus. Denn mit dem US-Finanzinvestor Blackstone holte sie einen der größten Firmenjäger ins Boot. Nicht zuletzt, um dem lahmen Magenta-Riesen Beine zu machen. Denn mit der Wertentwicklung der T-Aktie konnte keiner zufrieden sein. Die Blackstone-Leute im Aufsichtsrat sorgten zuerst einmal dafür, dass der Telekom-Chef ausgewechselt wurde.

Auch wenn die Private-Equity-Fonds angeblich 90 Milliarden Euro für deutsche Mittelständler bereithalten, so sind sie doch allenfalls an den Großen einer Branche interessiert, zum Beispiel dem Augenoptiker Günther Fielmann, oder auch an erfolgreichen Nischenproduzenten, so genannten „Hidden Champions“.

Bei jeder Beteiligung geht es letztlich um frisches Eigenkapital, mit dem kein bodenloses Fass gestopft, sondern beispielsweise ein intelligentes Geschäftsmodell umgesetzt werden soll. Nicht ohne Risiko, so wird doch erwartet, dass sich die Einlage weit überdurchschnittlich verzinst. Beispiel: Als Hannes Marker die Idee mit jener Skibindung hatte, die sich bei einem bestimmten Druck selbst löst und den Skiläufer vor Knöchelverletzungen und Beinbruch bewahrt, da erntete er in der Branche allenfalls ein mitleidiges Lächeln. Der Autoerbe Georg von Opel spendierte 20.000 Mark und ließ sie als Firmenanteil eintragen. Es hat für ihn nie wieder eine Beteiligung gegeben, die so lukrativ war wie bei Markers Skibindungen.

Ob Venture Capital oder Private Equity – es geht immer um die Rendite für das eingesetzte Kapital. Wer Kontakt zu einem privaten Finanzinvestor oder auch zu einer Beteiligungsgesellschaft aufnehmen will, sollte sich nicht allein auf seine vielleicht innovative Idee verlassen, sondern gründlich vorbereitet in die ersten Gespräche gehen. Ein unübersichtliches Rechnungswesen und mangelhaftes Controlling, aber auch offene Forderungen mit mehr als drei Monaten Laufzeit, verunsichern potenzielle Interessenten. Testierte Jahresabschlüsse und ein brauchbares Rating sorgen hingegen für eine Vertrauensbasis. Gute Branchenkenntnisse sollten eigentlich selbstverständlich sein. Wichtiger sind da schon Vorstellungen über die Strategie, wie sich der eigene Betrieb veränderten Verhältnissen anpassen will. Wenn schon Erfindungsreichtum und Anpassungsfähigkeit als die besonderen Tugenden des deutschen Mittelstands gerühmt werden, dann wollen Finanzinvestoren davon auch überzeugt werden. *cw*

Neue Gesetze ermöglichen dem Fiskus bessere Kontrolle der Steuerzahler



„WIR SCHÄTZEN, dass 25 bis 30 Prozent aller Steuerbescheide Fehler enthalten“, behauptet Hans-Joachim Vanscheidt vom Bund der Steuerzahler. „Wer sie nicht entdeckt und keinen Einspruch einlegt, läuft Gefahr, dass er unnötig viel Steuern zahlt.“

DIE STATISTIK belegt, dass zwei von drei Bescheiden im Sinne des Antragstellers korrigiert werden. Deshalb legen immer mehr Steuerzahler Beschwerde ein. So stieg die Zahl der eingegangenen Einsprüche zwischen 2004 und 2005 um 27 Prozent auf

„Die Steuerfahndung bündelt zur Aufdeckung und Verfolgung vermeintlicher Schwerpunktfälle“

Heinz Zimmermann
Sozietät Hogan & Hartson Raue,
Berlin

knapp 4,5 Millionen. Einer der Gründe für die oberflächliche Bearbeitung von Steuererklärungen: Weil in der Finanzverwaltung kräftig gespart wird,

muss die anfallende Arbeit von weniger Personal erledigt werden. Eine brauchbare, einheitliche Software für alle 680 Finanzämter steht auch nach 15 Jahren vergeblichen Bemühens immer noch nicht zur Verfügung. Und: Nach dem nur mäßigen Erfolg der im vergangenen Jahr ausgelaufenen Steueramnestie hat der Berliner Rechtsanwalt und Steuerbera-

bearbeiter Zugriff auf die Basisdaten von Bankkunden, und bei Verdacht auf Steuerhinterziehung bekommt er auch alle Kontenbewegungen offengelegt. Die Stiftung Warentest nahm diesen Punkt unter die Lupe: „So ein Verdacht ist leicht zu begründen, zum Beispiel wenn jemand zwar viele Konten hat, aber keinerlei Zinserträge in seiner Steuererklärung angibt.“

Lohnende Einsprüche

Jahr	Einsprüche	zugunsten des Steuerzahlers entschieden
2005	4.492.567	66,1 Prozent
2004	3.540.703	65,1 Prozent
2003	3.546.514	65,6 Prozent
2002	3.323.746	64,2 Prozent

ter Heinz Zimmermann festgestellt, „dass die Steuerfahndung Kräfte zur Aufdeckung und Verfolgung vermeintlicher Schwerpunktfälle bündelt“. Und Rechtsanwalt Rainer Spatscheck von der Kanzlei Streck Mack Schwedhelm in Köln bestätigt: „Bei der Steuerfahndung und insbesondere bei den Staatsanwaltschaften ist erkennbar, dass sie nun häufig eine rigidere Gangart als vor der Steueramnestie einschlagen.“

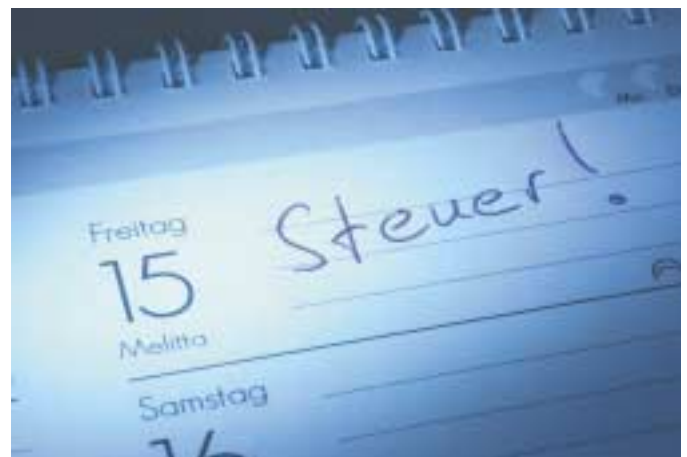
NEUE GESETZE ermöglichen dem Fiskus eine bessere Kontrolle. Über das Bundeszentralamt für Steuern hat jeder Sach-

ZWAR IST die Prozedur im Augenblick noch recht umständlich, doch das könnte sich ab August gründlich ändern, wenn eine neue Software zur Verfü-

„Rigidere Gangart als vor der Steueramnestie“

Rainer Spatscheck
Kanzlei Spatscheck
Kanzlei Streck Mack
Schwedhelm, Köln

gung steht. Derzeit muss der Sachbearbeiter nämlich für eine Anfrage noch ein Formular



ausfüllen, dann vom Sachgebietsleiter abzeichnen lassen und auf dem Postweg dem Bundeszentralamt in Bonn schicken. Die Behörde ruft dann die Daten auf und schickt das Ergebnis wieder per Post an das anfordernde Finanzamt. Ganz anders, wenn das Computer-Programm erst funktioniert. Dann können bis zu 5000 Kontenabfragen pro Tag gestartet werden, pro Stunde bis zu 500.

FÜR KONTENAUSKÜNFTE muss kein Verdacht wegen eines Steuervergehens nachgewiesen werden. So heißt es in den Anweisungen für Mitarbeiter der Finanzverwaltung, es reiche bereits, dass „ein Auskunftsersuchen beim Steuerpflichtigen nicht zum Erfolg geführt hat oder nicht erfolgversprechend ist“. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz stellte indes fest, dass in der Praxis selbst solche simplen Anforderungen nicht eingehalten werden. Eine Stichprobe bei drei Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen ergab, dass es bei neun von zehn Abfragen gravierende Mängel gab. Entweder war der betroffene Steuerzahler zu dem unklaren Sachverhalt überhaupt

nicht befragt worden oder es fehlte ein entsprechender Hinweis im Steuerbescheid.

GLEICHWOHL PLANT der Bundesfinanzminister weitere Prüfhilfen und neue Kontrollen bis hin zu der lückenlosen Überwachung aller Rentenzahlungen.

ALS HÖCHST gefährlich für die Firmeninterna erweist sich die digitale Steuerprüfung, die neuerdings immer öfter mittelständischen Unternehmern angeboten wird. Statt in langwieriger

„Mängel bei neun von zehn Abfragen“

aus einer Stichprobe des Bundesbeauftragten für den Datenschutz

ger Detailarbeit die Belege abzufragen, möchte der Fiskus lieber auf die im Computer gespeicherten Daten zurückgreifen. In der Regel erfährt der Prüfer dabei weit mehr, als der Chef normalerweise dem Finanzamt mitteilen muss. Spätestens wenn die Steuerfahndung vor der Tür steht, weiß er, dass sein freundliches Entgegenkommen ein Fehler war. *hw*



Ruhe bewahren, wenn die Fahnder kommen

Meistens kommen sie in Mannschaftsstärke, unangemeldet und zur frühen Morgenstunde. Der Überraschungsmoment ist kalkuliert. Denn es fällt dem Betroffenen besonders schwer, bei einer Steuerfahndung kühlen Kopf zu bewahren, wenn er die Tür möglicherweise im Schlafanzug geöffnet hat. Dennoch: Selten hat der Spruch von der „Ruhe als erster Bürgerpflicht“ eine größere Berechtigung.

So sollte sich der Beschuldigte zunächst den richterlichen **Durchsuchungsbeschluss sorgfältig durchlesen**, ehe die Finanzbeamten ihre Umzugskartons mit Aktenordnern füllen. Denn: In dem Beschluss muss der Sachverhalt konkret angegeben sein, welche steuerliche Straftat aufzuklären ist. Nur in diesem Zusammenhang dürfen Unterlagen mitgenommen werden. Und: Liegen zwischen Anordnung und Vollzug mehr als sechs Monate, ist die Durchsuchung rechtswidrig.

Außerdem: Beschuldigte haben das Recht, die **Dienstausweise zu prüfen**, die Namen und die Dienststellen der Beamten schriftlich festzuhalten sowie ein detailliertes Protokoll aller beschlagnahmten Unterlagen zu verlangen. Sammelbezeichnungen wie „15 Aktenordner“ genügen dieser Anforderung nicht.

Um die Rechtmäßigkeit der Maßnahme kritisch zu begleiten, ist es sinnvoll: sofort den **Steuerberater oder Rechtsanwalt verständigen**. Die können dann – fach- und rechtskundig – auftretende Fragen im Zusammenhang mit der Durchsuchung beantworten.

Direkt Betroffene sollten nämlich am besten **zur Sache überhaupt keine Auskünfte geben**. Als Beschuldigte in einem Strafverfahren sind sie nämlich nicht zur Mithilfe verpflichtet. Auch ihre Familienangehörigen haben ein Zeugnisverweigerungsrecht. Vorsicht: Verständnissvoll auftretende Beamte können in einem späteren Strafprozess als Zeugen geladen und unvorsichtige Aussagen während der Durchsuchung dann gegen den Beschuldigten verwendet werden.

Immer darauf achten, dass es sich bei den mitgenommenen Beweismitteln um eine **förmliche Beschlagnahme** handelt. Denn sie kann später nur dann angefochten werden, wenn sie rechtswidrig war. Bei einer freiwilligen Herausgabe entfällt diese Einspruchsmöglichkeit.

Zufallsfunde dürfen sichergestellt werden, zum Beispiel Kontoauszüge aus Luxemburg oder aus der Schweiz, selbst wenn sie nicht direkt durch den Durchsuchungsbeschluss gedeckt sind.



Wenn Software als Produkt komplett so wie im Laden weitergegeben wird, ist das Geschäft unbedenklich.

Sparen mit gebrauchter Software

Von Michael Gneuss

Die Informationstechnologien machen in einer Firma vieles einfacher. Ganz billig ist die Technik aber nicht.

Unternehmer, die ihre Firma mit der nötigen Software – vom Betriebssystem über ein Office-Paket hin zu speziellen Anwenderprogrammen – ausstatten, berappen oft vierstellige Euro-Beträge für jeden Arbeitsplatz.

KOSTENSENKUNGEN stellen jetzt eine Reihe von Händlern in Aussicht, die gebrauchte Programme anbieten. Bis zu 50 Prozent, in Extremfällen sogar mehr, können damit gespart werden, frohlockt die Branche.

DER HANDEL mit gebrauchter Software galt lange Zeit als problematisch. Die Hersteller versuchten das Geschäft mit ungenutzten Lizenzen zu unterbinden. Die Rechtslage war strittig. Doch an diesem Zustand hat sich viel geändert. „Die rechtlichen Grundlagen für den Handel mit gebrauchter Software sind weitgehend geklärt“, sagt Christian Czychowski,

Rechtsanwalt und Urheberrechts-Experte bei der Kanzlei Boehmert & Boehmert in Berlin.

ABSOLUT UNSTRITTIG ist heute, dass der Verkauf von Software dann zulässig ist, wenn das gesamte Produkt, so wie es im Handel erworben wurde, vom Verkäufer an den Käufer übergeht. Das beinhaltet die Original-CD-Rom, das Handbuch und den Aufkleber, der den Produktschlüssel zur Freischaltung der Software trägt. „Wichtig ist auch, dass die Software beim Verkäufer deinstalliert wird“, sagt Czychowski. Der Anwalt und Softwareexperte rät Käu-

fern zudem, den Original-Kaufbeleg einzufordern, um sicherzugehen, dass es sich nicht um eine Fälschung handelt.

Gebrauchte als Alternative

Für Privatpersonen oder Klein-Unternehmer ist gebrauchte Software eine echte Alternative, wenn nicht unbedingt immer die neueste Version der Programme nötig ist. Zur Vorsicht rät Czychowski aber Unternehmen, die Dutzende oder gar Hunderte von Lizenzen einkaufen müssen, um alle Arbeitsplätze auszustatten. In diesen Fällen wird beim Erstkauf nur eine Master-CD-Rom und eine entsprechende Zahl von Nutzungsrechten eingekauft. Diese Nutzungsrechte sind aber nicht so wie ein Produkt weiter veräußerbar. „Das ist juristisch ein anderer Fall, hier müssen die Lizenzbedingungen sehr genau beachtet werden“, sagt Czychowski. Im Zweifel sei es empfehlenswert, sich an den Hersteller zu wenden.

VIELE SOFTWARE-HERSTELLER haben sich mit dem Zweitmarkt inzwischen arrangiert. Ihnen ist lieber, die Unternehmen besorgen sich auf diesem Weg die nötigen Rechte, als dass sie die Programme schwarz nutzen. „Ich habe noch nie einen Fall erlebt, in dem Microsoft eine Lizenzübertragung abgelehnt hat“, sagt Peter Reiner, Geschäftsführer der U-S-C GmbH in München. U-S-C ist zertifizierter Partner des Softwarekonzerns aus Redmond bei Seattle. Geschäftsführer Reiner kauft von Unternehmen, die neue Systeme einführen, die Lizenzen der alten Programme und verkauft diese weiter, nachdem er dafür die Zustimmung des Herstellers eingeholt hat.

Risiken bleiben

„Das dauert etwa eine Woche, ist aber nie ein Problem“, so Reiner. Der Händler hält sich dabei aber auch an die Spielregeln.

Wenn er einen Vertrag über 100 Lizenzen einkauft, verkauft er ihn auch in dieser Form mit allen 100 Lizenzen weiter.

STRITTIG IST hingegen, ob es rechtens ist, ein Paket mit 1.000 Lizenzen einzukaufen – bei dem entsprechende Mengenrabatte gewährt wurden – und es dann in kleinen Teillosen weiter zu veräußern. Wer sich auf einen solchen Handel einlässt, könnte eines Tages Probleme bekommen, wenn Geschäftsmodelle dieser Art vor dem Richter nicht bestehen. „Dann ist die Software möglicherweise über Jahre hinweg ohne gültige Lizenz genutzt worden“, sagt Reiner.

AUCH AXEL SUSEN hält sich streng an die rechtlichen Vorgaben, wenn er Software weiterverkauft. Die Firma Susensoftware aus Aachen ist zwar kein zertifizierter Microsoft-Partner, der Firmengründer sucht aber ein partnerschaftliches Verhältnis zur Industrie. „Microsoft hat erkannt, dass der Markt eine Daseinsberechtigung hat. Die sind froh, wenn gebrauchte Lizenzen die illegale Nutzung verdrängen.“

SUSEN BIETET inzwischen auch Seminare zum Lizenz-Controlling an. „Wir haben gemerkt, dass in vielen Firmen das Lizenzmanagement vernachlässigt wird. Der Bedarf ist groß.“ Susen weist darauf hin, dass es immer wieder zu Anzeigen – beispielsweise von entlassenen Mitarbeitern – kommt. Aus Rache wird dann die Information gestreut, dass unlicenzierte Software auf den Rechnern des Ex-Arbeitgebers installiert ist. „Wer sorgfältig beim Lizenzmanagement vorgeht, kann bei einer Prüfung solche Vorwürfe sehr schnell entkräften“, sagt Susen.

Alte verkaufen, neue kaufen
Gebrauchte Software ist dabei seiner Ansicht nach eine gute Möglichkeit, Löcher zu stopfen.



Oft liegt Software nicht als Produkt in Form eines Datenträgers vor, sondern nur als Nutzungsrecht.

Wenn nicht für alle Arbeitsplätze Lizenzen einer älteren Software vorhanden sind, ist der Gebrauchtsoftware-Handel oft die einzige Chance, die Lizenzlücke zu schließen, sagt Susen. Denn der Hersteller vertreibt die alten Versionen in der Regel gar nicht mehr.

UNTERNEHMER WIE Susen und Reiner haben inzwischen erkannt, woher ihre Kunden kommen. Es sind einerseits Firmen, die Kosten sparen wollen und sich mit älteren Programmversionen begnügen, und andererseits Unternehmen, die Lizenzen von älterer Software zu kaufen.

INTERESSANT IST aber auch die andere Seite: „Immer mehr Unternehmen erkennen, dass sie Kosten für den Kauf neuer Software senken können, indem sie die alte verkaufen“, erklärt Susen. Weitere Quellen für den Ankauf sind IT-Leasinggesellschaften, die die Software-Lizenzen nach Vertragsende zurücknehmen müssen und Insolvenzverwalter, die die Lizenzen bei der Auflösung eines Unternehmens verwerten.

NEBEN MICROSOFT werden auch die Produkte anderer Hersteller gebraucht verkauft, zum Beispiel SAP. Die Anfragen nehmen nach Angaben der Händler deutlich zu. Eine Studie der Experton Group kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Handel mit gebrauchter Software hierzulande schon jetzt auf 30 Millionen Euro summiert. Bald sollen es der Studie zufolge schon bis zu 400 Millionen Euro sein.

DIE HAMBURGER preo Software AG geht davon aus, dass bereits ein mittelständisches Unternehmen rund 350.000

Euro durch gebrauchte Software einsparen kann. „Allein die Möglichkeit zur Standardisierung auf ältere Softwareversionen über gebrauchte Lizenzen reduziert die Kosten um 30 bis 50 Prozent“, sagt Boris Vöge, Vorstand der preo Software AG. Vöge weist darauf hin, dass allein in Deutschland aktuellen Marktstudien zufolge rund 6,1 Milliarden Euro in Form von ungenutzten Softwarelizenzen brachliegen. Er ist überzeugt davon, dass in jedem Unternehmen IT-Kosten gespart werden können: „Pro Mitarbeiter sind 700 Euro möglich“.

WEBTIPP

Anbieter:

Susensoftware – www.susensoftware.de
U-S-C – www.u-s-c.de
2ndsoft – www.2ndsoft.de
Preo – www.preo-ag.com



Qualität(s-Sicherung) ist die Basis für dauerhaften Erfolg.

Unternehmensgedächtnis für den Mittelstand Software für das Qualitätsmanagement

Qualität ist die Voraussetzung für langfristigen Erfolg. Unabhängig von einschlägigen Zertifizierungen wie den ISO-Normen empfiehlt sich daher auch für kleine und mittlere Unternehmen der Aufbau eines Qualitätsmanagement-Systems.

DASS FACHLICHE Kompetenz sowie das Geschick des Unternehmers und seiner Mitarbeiter die Grundvoraussetzung für geschäftlichen Erfolg sind, ist unbestritten. Doch daneben spielen vor allem organisatorische Standards im Unternehmen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Qualität von Produkten oder Dienstleistungen sowie der Kundenbetreuung zu gewährleisten. Qualitätsmanagement (QM) ist dabei mehr als eine Modeerscheinung. Geeignete Software hilft dabei, betriebliche Abläufe zu systematisieren und zu standardisieren.

Dies wiederum ist die Grundlage für rationelles und effizientes Arbeiten.

Optimierte Prozessorganisation

Außer dem Hauptziel, die Kundenzufriedenheit zu steigern beziehungsweise auf hohem Niveau zu halten, gehört deshalb eine optimierte Prozessorganisation zu den Kernpunkten des Qualitätsmanagements. Indem die unternehmensinternen Abläufe und ihr Zusammenspiel klar definiert werden, wird die Basis für eine reibungslose Prozesskette geschaffen. Als positiver Nebeneffekt lassen sich dabei meist auch Kosten reduzieren. Auf Grund der exakten Beschreibung der Arbeitsschritte werden zudem Fehlerquellen bei den anstehenden Aufgaben – und damit auch Haftungsrisiken – minimiert. Außerdem hilft ein QM-System dem Unternehmer dabei, Verantwortung sinnvoll zu delegieren. Es legt Zuständigkeiten zwingend fest

und vereinfacht so die Kooperation zwischen den Unternehmensbereichen und den einzelnen Mitarbeitern.

ALS VORAUSSETZUNG muss das im Unternehmen vorhandene Wissen in Form von Formularen und Checklisten verfügbar gemacht werden. Das notwendige Instrumentarium liefert die spezielle QM-Software, in der die einzelnen Einträge und Vorgaben zu einem elektronischen Organisationshandbuch verdichtet werden. Darin stehen die Informationen über die einzelnen Prozesse dann allen Mitarbeitern jederzeit zentral zur Verfügung. Hilfreich ist, wenn auch Arbeitshilfen wie Dokumentvorlagen integriert sind, die direkt mit dem jeweiligen Arbeitsschritt verknüpft werden können.

Qualitätsmanagement mit dem Steuerberater

Eine für mittelständische Unternehmen geeignete QM-Software

ist beispielsweise „ProCheck für Unternehmen“ von der Nürnberger DATEV eG. Anhand einzelner Prozessbeschreibungen wird im System Schritt für Schritt dokumentiert, welche Aufgaben im Unternehmen auf welche Weise zu bearbeiten sind. Dabei lassen sich die Beschreibungen auftrags- und kundenbezogen individualisieren. Ebenso werden Informationen zur Aufgabenerledigung zentral erfasst und nachvollziehbar gemacht.

DIE PROGRAMMFUNKTIONEN von ProCheck für Unternehmen ermöglichen:

- die transparente Darstellung aller Prozesse im Unternehmen.
- die Zuordnung von vorhandenen Arbeitshilfen, wie etwa Arbeitsanweisungen und Formularen.
- die Abbildung auftrags- und kundenspezifischer Besonderheiten.
- die lückenlose Dokumentation der Arbeitsschritte bei der Erledigung von Aufgaben durch abhakbare Checklisten.

ALS WICHTIGSTER externer Berater des Mittelstands bringt der Steuerberater die Software im Unternehmen zum Einsatz. Er berät und unterstützt auch bei der Einrichtung und Einführung des individuellen Prozessmodells. Das bringt einen Zusatznutzen für das Unternehmen. Denn um zu klar definierten, reibungslosen Abläufen zu gelangen, darf das QM-System nicht nur isoliert zur Gewährleistung der Qualitätssicherung betrachtet werden. Auch Bereiche wie die Unternehmensplanung und -steuerung müssen einbezogen werden. Hier leistet der Berater wertvolle Hilfestellung, unterstützt er doch in der Regel auch bei der Unternehmenssteuerung und beschäftigt sich intensiv mit den betriebswirtschaftlichen Kennzahlen des Betriebs.

BUSINESS-PLAN

Die fünf wichtigsten Tipps

Mit einem guten Businessplan können Sie nicht nur die Bank für sich gewinnen, sondern auch selber besser abschätzen, wie groß die Chancen und Risiken Ihrer Geschäftsidee sind. Lesen Sie hier, zusammengestellt von MittelstandDirect, was einen guten Businessplan ausmacht.

1. Planen Sie genügend Zeit ein

Ein Businessplan kostet viel Zeit und Mühe. Das ist gerade für Existenzgründer oft eine harte Geduldprobe, denn sie wollen sich nicht in der Theorie, sondern lieber in der Praxis mit ihrer Geschäftsidee beschäftigen.

Meist ist der Zeitaufwand deshalb erheblich größer, als vom Existenzgründer geplant. Insbesondere für die Informationssammlung z.B. zu den aktuellen Fördermöglichkeiten, aber auch für die Dokumentation sowie für die Suche nach geeigneten Finanzierungspartnern muss ausreichend Zeit eingeplant werden.

„Ein Gründer sollte mit etwa drei bis sechs Monaten von der Idee bis zur Umsetzung rechnen“, sagt Daniela Watzke von der VR-MittelstandsBeratung. Denn gerade die Gespräche mit zukünftigen Geschäftspartnern oder die Vereinbarungen zur Finanzierung dauern oftmals länger als gedacht. Für die Erstellung des Businessplans selbst reichen meist zwei bis drei Wochen aus.

2. Beschreiben Sie Ihre Idee verständlich

Ein Businessplan sollte verständlich sein, auch für einen „unbeteiligten Dritten“, der nicht so in der Materie steckt wie die Gründer. Das gilt insbesondere für technische oder sehr innovative Geschäftsideen.

Der Businessplan sollte vollständig sein und zeigen, dass der Gründer sich intensiv mit allen Facetten einer Gründung beschäftigt hat, auch mit möglichen Risiken.

Folgende Bestandteile sollte der Businessplan enthalten

- Die Zusammenfassung (maximal eine Seite)
- Eine verständlich formulierte Beschreibung der Geschäftsidee
- Eine Beschreibung der Unternehmensziele
- Eine Marketing- und Vertriebsplanung einschließlich einer Markt- und Wettbewerbsbeurteilung
- Eine Personalplanung mit Organisation und Unternehmerteam
- Betriebswirtschaftliche Planrechnungen für die nächsten drei bis fünf Jahre (Finanzierung, Erfolgsplanung, Liquiditätsplanung)
- Ein Chancen-Risikenprofil
- Lebenslauf der Gründer

3. Rechnen Sie nichts schön

Unternehmensgründungen scheitern in den ersten drei Jahren am häufigsten an einer mangelnden Eigenkapitaldecke. So ist die Finanzierung der Anlaufphase meist zu knapp kalkuliert. Auch der Kapitaldienst (die Zins- und Tilgungsbelastung) für Fremdkapital nach der tilgungsfreien Anlaufphase wird oft unterschätzt.

Das Problem von Forderungsausfällen oder einer schleppenden Zahlungsmoral der Kunden sollte ebenfalls bedacht werden.



Rechnen Sie sich beim Business-Plan nicht reich!

4. Schätzen Sie den Markt richtig ein

Neben einer zu dünnen Eigenkapitaldecke ist eine falsche Markteinschätzung der häufigste Grund für gescheiterte Existenzgründungen.

Der Grund: Unzureichende Marktforschung. Welche Trends haben die wichtigsten Nachbarmärkte? Wie groß ist das Innovationspotential der regionalen und der Online-Wettbewerber? Welche Kaufkraftkennziffer hat das Einzugsgebiet? Kann zum Beispiel ein Ladenlokal mit Laufkundschaft mehr Bekanntheit bringen als die Werbung aus der schlechteren Lage heraus?

5. Nehmen Sie rechtzeitig Beratung in Anspruch

Viele Jungunternehmer scheitern auch deshalb, weil sie ihren Beratungsbedarf erheblich unterschätzen und nicht rechtzeitig die Hilfe von Experten in Anspruch nehmen.

Für Existenzgründer gibt es eine ganze Reihe von Hilfsangeboten, die sie bei der Ausarbeitung ihres Businessplans unterstützen, zum Beispiel die Industrie- und Handelskammern (IHK) und Handwerkskammern (HWK) oder die Beratungszentren der KfW Mittelstandsbank.

Außerdem gibt es professionelle Beratung durch Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater oder Steuerberater.

Existenzgründungsberatungen werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gefördert. Es bezahlt Zuschüsse zu den vom Unternehmensberater in Rechnung gestellten Beratungskosten in Höhe von 50 Prozent, maximal 1.500 Euro. Die Gründer müssen die Beratungshonorare zunächst auslegen. Erst nach Prüfung des Beratungsberichtes durch die Leitstelle erhalten sie ihr Geld zurück.

TAKT(IK) MIT STIL

Pünktlichkeit – ein Zeichen guter Manieren

Rainer Stöcker ist leicht angesäuert. Das Beratungsgespräch war für 10 Uhr angesetzt. Sein Kunde ist schon 15 Minuten überfällig und ein Anruf auch. Er überlegt, ob er seinerseits etwas versäumt hat. Nein, nach Vereinbarung des Termins schickte er neben der Terminbestätigung eine Routenempfehlung, sogar einen Parkplatz vorm Haus ließ er reservieren.

Je höher Sie beruflich steigen, umso kostbarer ist Ihre Zeit. Pünktlichkeit ist also ein Zeichen guter Manieren, von Disziplin und Wertschätzung. Halten Sie die Telefonnummer Ihres Ansprechpartners griffbereit für den Fall, dass Sie sich verspäten.

Sie holen Ihren Kunden/Gast am Counter/Empfang ab, wann immer das selbst geht, begrüßen ihn namentlich und führen ihn – ohne Umwege – ins Besprechungszimmer. Der berühmte erste Eindruck entscheidet mit über den Erfolg des Gesprächs. Seien Sie sich Ihrer Gastgeberrolle bewusst: Machen Sie sich mit Vor- und Zunamen bekannt, strecken Sie die Hand zur Begrüßung aus. In Deutschland ist die Begrüßung im Job klar geregelt: Ranghöhere Personen begrüßen die Rangniedrigeren zuerst. Sehen Sie beim Handschlag dem anderen in die Augen, das schafft sofort innere Bindung und intensiviert den Kontakt. Und lächeln Sie dabei. So wirken Sie selbstbewusst und sympathisch.

Freundlichkeit steckt an

Eine freundliche, offene Atmosphäre kommt Kunden und Mitarbeitern zu Gute. Freundlichkeit, Rücksicht, Toleranz und Fairness werden in der Regel honoriert. Diese Verhaltensweisen sind sichtbarer Ausdruck eines integren Charakters, der auf seine Umgebung ausstrahlt.

Auf dem Weg zum Meeting ist Small Talk unumgänglich, eine lockere Atmosphäre soll geschaffen werden. Die große Kunst der kleinen Unterhaltung ist ein elegantes Mittel, um Türen zu anderen Menschen zu öffnen. Selbstverständlich sind während des Besuchs Ihr Handy und hoffentlich das Ihres Gastes auf stumm geschaltet. Ausnahmen bestätigen die Regel, wenn eine relevante Nachricht ansteht.

Wo sitzen die Verhandlungspartner?

Manche Chefs postieren ihre Gesprächspartner gegenüber dem Fenster, so dass sie ihn wegen der Blendung nicht richtig erkennen können. Ein alter Trick, der leicht durchschaubar ist und unhöflich wirkt. Der angenehmste Sitzplatz für den Besucher ist – vor allem bei der ersten Besprechung in Ihrem Haus – der mit dem Blick in den Raum. Werden Sie selbst „falsch“ platziert, wehren Sie sich dagegen. In der „Ich-Form“ lässt sich alles sagen. Ein konstruktives Klima entsteht, wenn sich Verhandlungspartner am Tisch über Eck setzen.



Weg vom Tisch, heißt bei Besprechungen aktuell die Devise. Sachorientierte, kurze Meetings werden in modernen Unternehmen schon im Stehen abgehalten. An Bistrotischen, nicht wissend, wohin mit den Händen, gestalten sich die Steh-Konferenzen von selbst kurz.

Die Höflichkeit verlangt es, das Meeting so umsichtig vorzubereiten, dass alle Beteiligten wissen, worum es geht. Achten Sie als Leiter oder Leiterin darauf, dass alle Gesprächspartner rechtzeitig die erforderlichen Informationen erhalten. Von externen Teilnehmern lassen Sie sich am Vortag noch einmal ihr Kommen bestätigen. Gehen Sie unbedingt auf die „soften“ Bedürfnisse, wie Bestuhlung, Technik, Klima- und Lichtverhältnisse, Getränke und Verköstigung des Teilnehmerkreises, ein.

Man muss zuhören können

Ganz gleich, in welcher Position Sie sind: Hören Sie aufmerksam zu und lassen Sie Ihr Gegenüber aussprechen. Wer konstruktiv arbeiten will, muss zuhören können. Dauerrednern dürfen Sie aber ruhig mal den Ton abdrehen.

Es versteht sich von selbst, dass Sie bei Verhandlungen freundlich und höflich Ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchen. Werden Sie nicht sauer, wenn Ihre Vorschläge erst einmal abgeblockt werden, aber geben Sie auch nicht zu schnell auf. Bei Konflikten, die es immer wieder gibt, bleiben Sie unerschütterlich sachlich. Einen eigenen Fehler ehrlich zuzugeben, schadet nicht. Und die Fehler anderer sollten Sie nicht unnötig aufbauschen, perfekt ist schließlich niemand. Auch mal loben und anerkennen, darüber freut man sich ja auch selbst. Ach übrigens: Wer im Beruf vorankommen will, darf zum Lachen nicht in den Keller gehen. Humor wird als Karriere-Faktor immer wichtiger.

Geschafft! Rainer Stöckers Geschäftsfreund ist doch noch eingetroffen. Das Gespräch war ein Erfolg. Nun fasst er das Resultat kurz zusammen, verweist auf die verteilten Aufgaben und fixiert den Termin für eine eventuell weitere Zusammenkunft. Bleibt nur noch, für Teilnahme und Aufmerksamkeit „Danke“ zu sagen. Ein freundliches, aufrichtiges „Auf Wiedersehen“ beschließt die Sitzung, bevor Herr Stöcker seinen Gast zum Auto begleitet.

*Info: Etikette-Trainer-International,
Tel. 07161/922 943, Fax 07161/150 77*

AKTUELLE URTEILE

Mündliche Vereinbarungen zu Mietverträgen*OLG Düsseldorf, Urteil vom 1.6.2006, AZ. I-10 U 1/06*

Eine individuelle Vereinbarung (hier: mündliche Reduzierung der Miete) hat nach § 305b BGB auch Vorrang vor einer in allgemeinen Geschäftsbedingungen eines gewerblichen Mietvertrages enthaltenen qualifizierten Schriftformklausel, wonach auch Änderungen der Schriftformklausel der Schriftform bedürfen.

*

Haftung des Pflegepersonals im Altenheim*OLG Zweibrücken, Urteil vom 1.6.2006, AZ. 4 U 68/05*

Kommt eine Patientin eines Altenpflegeheims, die aufgrund verschiedener Erkrankungen ein „fast maximales Sturzrisiko“ aufweist, am Ende einer Mobilisierungsmaßnahme in ihrem Zimmer in Gegenwart einer Pflegerin zu Fall, hat die Pflegerin auch dann den Sturz fahrlässig verursacht, wenn sie die Patientin nur für einen „kurzen Moment aus den Augen gelassen“ hat.

*

Arbeitslohn bei Überlassung von hochwertigen Kleidungsstücken an Arbeitnehmer zu Repräsentationszwecken*BFH, Urteil vom 11.4.2006, AZ. VI R 60/02*

Die kostenlose oder verbilligte Überlassung von qualitativ und preislich hochwertigen Bekleidungsstücken durch den Arbeitgeber an die Mitglieder seiner Geschäftsleitung stellt steuerpflichtigen Arbeitslohn dar. Der Entlohnungscharakter der Zuwendung kann nicht mit einem überwiegend eigenbetrieblichen Interesse widerlegt werden, weil das Tragen der vom Arbeitgeber hergestellten Kleidungsstücke neben Repräsentationszwecken auch der Werbung dienen würde.

*

Rückstufungsschaden bei Versicherung*BGH, Urteil vom 25.4.2006, AZ. VI ZR 36/05*

Auch bei nur anteiliger Schadensverursachung haftet der Schädiger für den Rückstufungsschaden, der dadurch eintritt, dass der Geschädigte die Kaskoversicherung in Anspruch nimmt.

*

Mängelbeseitigung am Dachstuhl*BGH, Urteil vom 29.6.2006, AZ. VII ZR 274/04*

Eine ordnungsgemäße Mängelbeseitigung eines mit Schimmelpilz befallenen Dachstuhls liegt nicht vor, wenn dessen Holzgebälk nach Vornahme der Arbeiten weiterhin mit Schimmelpilzsporen behaftet ist. Dies gilt auch dann, wenn von diesen keine Gesundheitsgefahren für die Bewohner des Gebäudes ausgehen.

Betriebskostenumlage*BGH, Urteil vom 31.5.2006, AZ. VIII ZR 159/05*

Wenn die (kalten) Betriebskosten vereinbarungsgemäß nach dem Verhältnis der Fläche der Mietwohnung zur Gesamtwohnfläche umzulegen sind, hat der Vermieter die auf leerstehende Wohnungen entfallenden Betriebskosten grundsätzlich selbst zu tragen; dies gilt auch für verbrauchsabhängige Betriebskosten, die wegen fehlender Erfassung des Verbrauchs der einzelnen Mieter nach der Wohnfläche abgerechnet werden.

Ein Anspruch des Vermieters auf eine Abänderung des vertraglich vereinbarten Flächenschlüssels wegen des Leerstands von Wohnungen kann unter den Voraussetzungen einer Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) bestehen.

*

Schadensersatz bei Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen*Thüringer OLG, Urteil vom 17.3.2006, AZ. 4 W 645/05*

Der Geschäftsführer einer GmbH ist wegen Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen nur dann schadensersatzpflichtig, wenn die GmbH im Zeitpunkt der Fälligkeit der Beiträge zahlungsfähig war. Für die Zahlungsfähigkeit der GmbH – zu diesem Zeitpunkt – ist der Sozialversicherungsträger darlegungs- und beweisbelastet. Bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit sind die Sozialversicherungsträger nicht vorrangig zu berücksichtigen.

*

Versicherungsrecht*OLG Frankfurt, Urteil vom 11.5.2006, AZ. 6 U 7/06*

Der von einer Fachwerkstatt bei einer Autoglasreparatur dem Kunden gewährte Preisvorteil (teilweise Übernahme des Selbstbehalts) führt zu einer Reduzierung des Werklohns, die von der Werkstatt bei der Abrechnung gegenüber der Versicherung offenbart werden muss.

Zusammengestellt von Rechtsanwalt Michael Henn, Schriftleiter der mittelstandsespeche und Mitglied in der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

Bücher für Sie gelesen von G.K.

Das Leuchtturm-Prinzip
Stacey Hall/Jan Stringer
Gebunden, 200 Seiten,
EUR 19,90
Gabal Verlag,
ISBN 3-89749-627-5



Die beiden Autoren sagen „Nein“ zu den üblichen Strategien der Kundengewinnung, wie sich auf die Bedürfnisse des Kunden einzustellen und den Wettbewerb auszuschalten. Sie beschreiben Kundengewinnung als einen einfachen Prozess, in dem es darum geht, die eigene Anziehungskraft so zu steigern, dass sich Kunden zu uns hingezogen fühlen. So wie ein Leuchtturm sein Licht ausstrahlt und den Weg weist, können Unternehmen durch die Leuchtkraft ihres Angebots die Kunden anziehen.

Großes Eugen Roth Jubiläumsbuch
Gebunden, EUR 12,50
Carl Hanser Verlag,
ISBN 3-7254-1366-5

Das Buch bietet eine Auswahl der Verse, Erzählungen, Verserzählungen und Gedichte des großen deutschen Dichters und Humoristen, der heute neben Christian Morgenstern, Georg Chris-

toph Lichtenberg und Wilhelm Busch zu den meistzitierten deutschen Schriftstellern gehört. Eine erfrischende Lektüre für zwischendurch.

Als Führungskraft erfolgreich starten
A. Müllerschön
Paperback, 113 Seiten,
EUR 24,-
Expert Verlag,
ISBN 3-8169-2652-5

Wie bewältige ich die ersten Tage in meiner neuen Position? Was ist der richtige Führungsstil? Wie motiviere ich meine Mitarbeiter? Wie delegiere ich richtig? Wie werden Konflikte bewältigt? – Eine Auswahl der Fragen, auf die das Büchlein schlüssige und leicht nachvollziehbare Antworten gibt.

Markenführung im Billigzeitalter
Horst Priebnitz
Hardcover, 248 Seiten,
EUR 49,90
mi-Fachverlag,
ISBN 3-636-03059-0

Wie geil ist Geiz wirklich? Etliche Markenartikler kämpfen heu-



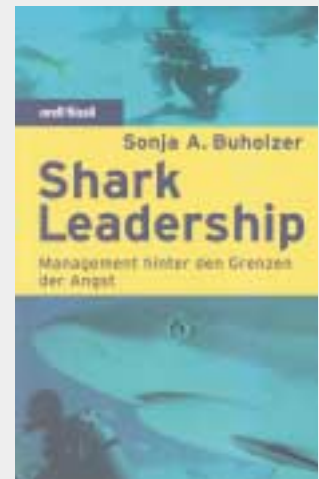
te um ihre guten Namen. Dieses Fachbuch beleuchtet das Thema Markenmanagement vor dem Hintergrund des aktuellen Discount-Fiebers und der Fake-Mentalität. Der Persil-Claim „Da weiß man, was man hat“ ist sprichwörtlich für alle Marken. Aber: Die Qualität muss stimmen. Denn nur ein zufriedener Kunde ist ein markentreuer.

Crash-Management in Projekten
Gebunden, 253 Seiten,
EUR 32,90
Publicis,
ISBN 3-89578-269-6

Selbst wenn man Risikomanagement betreibt, muss man in Projekten jederzeit mit Krisen rechnen, sie akzeptieren und möglichst schnell reagieren. Nicht bewältigte Krisen können sonst zu Crash-Situationen führen – mit hohen physischen Belastungen für die Beteiligten und zerstörerischen Konsequenzen für das gesamte Projekt. Krisenmanagement wird daher als Projektmanagement-Disziplin immer wichtiger.

Shark Leadership
Sonja A. Buholzer
Gebunden, 232 Seiten,
EUR 29,80
Orell Füssli Verlag,
ISBN 3-280-05183-5

Wer kennt sie nicht, die Angst, beim Schwimmen im offenen Meer plötzlich von einem Hai angegriffen und in die Tiefe gerissen zu werden? Und doch gibt es Menschen, die den Kontakt zu Haien suchen. Zu diesen Menschen gehört die Autorin, Wirtschafts- und Politikberaterin, die



in zahlreichen Tauchgängen die Welt der Haie kennen gelernt hat. Vom Umgang mit Angst, Macht und Territorien über Intuition, Interaktion und Kommunikation bis hin zu Angriff und Verteidigung hat Buholzer zusammengestellt, womit Manager in Haifischbecken der Führungsetagen konfrontiert werden.

Effiziente Protokolle und Berichte
R. Jonas
Paperback, 85 Seiten,
EUR 22,-
Expert Verlag,
ISBN 3-8169-2553-7

Allgemeines zum Berichtswesen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Berichten und Protokollen, Berichts- und Protokollarten, Sprachliche Gestaltung und Checkliste für das Erstellen von Berichten und Protokollen – diese Begriffe beschreiben den Inhalt dieser hilfreichen Broschüre.

Endlich ein EU-weites Verfahren für geringfügige Forderungen

„FÜR DIE WIRTSCHAFT der Europäischen Union ist die rasche und effiziente Beitreibung ausstehender Forderungen von größter Bedeutung, da Zahlungsverweigerungen und Zahlungsverzug zu den Hauptursachen für Zahlungsunfähigkeit gehören, die vor allem die Existenz von kleinen und mittleren Unternehmen bedrohen und für den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze verantwortlich sind“, Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, Mitglied des Europäischen Parlaments und Berichterstatter zu dieser Verordnung.

DIE KOMMISSION hat im März 2005 einen Vorschlag für eine „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen“ (KOM (2005) 87) vorgelegt. Mit dem Vorschlag

für dieses Verfahren sollen grenzüberschreitende Gerichtsstreitigkeiten mit einem Streitwert bis 2.000 Euro vereinfacht, beschleunigt und die Kosten verringert werden. Eine in einem solchen Verfahren ergangene Entscheidung soll in jedem anderen Mitgliedstaat anerkannt und vollstreckt werden, ohne dass es einer Vollstreckbarkeitsklärung bedarf und ohne dass die Anerkennung angefochten werden darf. Der Unternehmer muss zur Geltendmachung seiner Rechte nicht mehr ein ausländisches Gericht anrufen: er kann direkt beim örtlichen Amtsgericht klagen.

DAS „SMALL CLAIMS“-Verfahren ist vom Ministerrat und vom EP beschlossen. Es soll Anfang 2009 in Kraft treten. Die Kommission rechnet mit einer jährlichen europaweiten Ab-

LESER SCHREIBEN

Zu: MittelstandsMagazin 12/2006

Ein großes Lob an die Redaktion für das Editorial und die Kolumne zum Parteitag in Dresden, in denen sehr gut die Situation und das Diskussionsergebnis dargestellt wurden. Ausgezeichnet war der Artikel über die Unternehmenssteuerreform, der einen exzellenten Überblick über die Ergebnisse der Verhandlungen und die noch ungelösten Probleme bei der Gewerbesteuer gab. Bisher habe ich das Magazin nur als normale Mitgliederzeitschrift betrachtet und selten genau gelesen, eher durchgeblättert. In Zukunft werde ich mir die einzelnen Artikel zu Sachthemen genauer anschauen. Ich wünsche Ihnen für 2007 weiterhin viel Erfolg bei der Gestaltung des Magazins von einer reinen Mitgliederzeitschrift, verbrämt mit einigen politischen Aussagen, zu einer informativen Zeitschrift für Mittelständler.

*Dr. Christian Will
CONCERTA GmbH
47799 Krefeld*

wicklung von ca. 5.000.000 Fällen über dieses Verfahren. Dies bietet dem deutschen Mittelstand eine völlig neue Mög-

lichkeit, Ansprüche geltend zu machen, die heute noch wegen des hohen Kostenrisikos nicht geltend gemacht werden.

Tankrechnungen – Erleichterung für Unternehmer

UNTERNEHMER KÖNNEN die Tankrechnungen für ihren Fuhrpark beim Finanzamt geltend machen. Für den Vorsteuerabzug verlangt das Finanzamt jedoch eine ordnungsgemäße Rechnung. Diese muss u.a. den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers (sowie seine Steuernummer) und die entsprechenden Daten des Leistungsempfängers enthalten (§ 14 Abs. 4 Nr. 1 UStG). Darüber hinaus ist eine fortlaufende Rechnungsnummer erforderlich (§ 14 Abs. 4 Nr. 4 UStG). Daneben werden so genannte Kleinbetragsrechnungen (Gesamtbetrag von max. 100 Euro) anerkannt. Diese müssen den vollständigen Namen und die

vollständige Anschrift des Leistungsempfängers (Unternehmer, der den Kraftstoff bezieht) nicht enthalten.

DIE MEISTEN Tankrechnungen sind als so genannte Kleinbetragsrechnungen konzipiert und enthalten daher lediglich die Anschrift des Tankstelleninhabers/ Tankstellenpächters bzw. der Mineralölfirma. Dies hat zur Folge, dass der Vorsteuerabzug aus solchen Rechnungen nur dann möglich ist, wenn der Gesamtbetrag der Rechnung die Kleinbetragsgrenze von 100 Euro nicht übersteigt. Aufgrund der gestiegenen Ölpreise wird die 100-Euro-Grenze jedoch häufig überschritten, wenn z.B. ein Kleinlastwagen oder Transporter

betankt wird. Bemüht sich der Unternehmer in solchen Fällen nicht um eine ordnungsgemäße Rechnung, ist der Vorsteuerabzug für ihn verloren. Bisher war es daher ratsam, höchstens für 99 Euro zu tanken.

DAS „ERSTE GESETZ zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ bringt nun Erleichterung. Mit Wirkung seit 1.1.2007 wurde die Kleinbetragsgrenze nun von 100 Euro auf 150 Euro erhöht. Dies dürfte insbesondere in den geschilderten Fällen (Betankung

eines Fahrzeugs) dazu führen, dass die Kleinbetragsgrenze durch den Tankvorgang nur noch selten überschritten wird. Der Vorsteuerabzug ist somit künftig bis zu einem Gesamtbetrag von 150 Euro auch dann möglich, wenn die Quittung der Tankstelle nicht den vollständigen Namen und die Adresse des tankenden Unternehmers enthält.

Andrea Mohr



Mittelstandspolitik

Auf seiner Klausurtagung in Bremen hat der **CDU-Bundessvorstand** beschlossen, den Arbeitsmarkt weiter zu reformieren und dazu alle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den Prüfstand zu stellen. Um das Ziel von Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent zu erreichen, soll der Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung** unter 4 Prozent gesenkt werden, wenn dies dauerhaft finanzierbar ist. Zum Jahresbeginn wurde er bereits von 6,5 auf 4,2 reduziert. MIT und Unionsbundestagsfraktion unterstützen dies und fordern angesichts zu erwartender Milliardenüberschüsse der BA in Nürnberg eine weitere Entlastung der Beitragszahler um mindestens 0,5 Prozentpunkte. Durch ein **Kombilohnmodell** will man gezielt Unternehmen dabei unterstützen, jungen und älteren Arbeitssuchenden neue Chancen zu eröffnen. Bis zum Frühjahr wird darüber hinaus eine gemeinsame Arbeitsgruppe von CDU und CSU, in der auch MIT-Chef Dr. Josef Schlarmann und PKM-Vorsitzender Dr. Michael Fuchs, MdB, vertreten sind, konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung von **Mitarbeiterkapitalbeteiligungen** vorlegen. Die „Bremer Erklärung“ ist erhältlich unter www.cdu.de

Die Bundesregierung legt ein neues Förderprogramm für die Beteiligung junger innovativer Unternehmen an internationalen inländischen Leitmesse auf, um den Innovationsstandort Deutschland zu stärken. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos will so Hilfestellung geben, damit Start-ups Messen besser als Plattform für die Vermarktung ihrer Produkte nutzen können. Das neue **Messeförderprogramm** steht ab dem 1. Juni 2007 zur Verfügung und wird über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn abgewickelt. Die Liste der förderfähigen Mes-

sen und die zu beachtende Richtlinie können abgerufen werden unter www.bafa.de

In einer Innovationsdebatte im Deutschen Bundestag hat die große Koalition ihr Ziel zur Stärkung des **Forschungsstandortes Deutschland** bekräftigt. Forschungsfelder wie Nanotechnologie, optische Technologien, Biotechnologie und Lebenswissenschaften, die Bereiche Energie und Umwelt, Materialwissenschaften sowie Sicherheits-, Luftfahrt- und Weltraumforschung sollen künftig ein stärkeres Gewicht erhalten. In einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD wurden zudem die verbesserten rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen des siebten Forschungsrahmenprogramms (7. FRP) der Europäischen Union begrüßt, das mit 54,4 Mrd. Euro weltweit einzigartig ist und an deren Projekten deutsche Forscher durchschnittlich zu 80 Prozent beteiligt sind. Die Bundesregierung will bei einem Gesamtvolumen von 9,6 Mrd. Euro in 2006 ihre nationalen Forschungsmittel bis 2009 um 6 Mrd. Euro steigern, um mittelfristig das EU-Ziel von 3 Prozent des BIP zu erreichen. Auch die neue Forschungsprämie steht kurz vor dem Start.

Das erfolgreiche **Marktanreizprogramm** der Bundesregierung zur Förderung von erneuerbaren Energien ist um 39 Mio. Euro aufgestockt worden, um der starken Nachfrage gerecht zu werden. Durch eine neue Förderrichtlinie und ein vereinfachtes Antragsverfahren wurde außerdem Bürokratie abgebaut. Anträge können beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht werden. *Infos: www.bafa.de*

Die **CSU-Mittelstands-Union** (MU) hat auf ihrer Landesversammlung ein Ende der Benach-



teiligung privater Anbieter gegenüber öffentlichen Unternehmen gefordert. „Es kann nicht sein, dass die Kommunen weiter mit subventionierten Preisen in Konkurrenz zum Mittelstand treten“, erklärte der MU-Vorsitzende Hans Michelbach, MdB, und forderte eine entsprechende Novellierung des bayerischen Mittelstandsförderungsgesetzes.

Um Frauen den Start in die Selbständigkeit zu erleichtern, haben die von der Bundesregierung geförderte „gründerinnenagentur“ (bga) und American Express im März 2006 das „small business mentoring“-Projekt initiiert, das nun auf acht Bundesländer ausgeweitet wurde. Ab 2007 können **Gründerinnen** aus Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, NRW und Sachsen-Anhalt ihre berufliche Selbständigkeit mit Unterstützung von erfahrenen Mentoren professionalisieren. *Telefon-Hotline 01805 / 22 90 22*

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat wie angekündigt zum Jahreswechsel den Entwurf eines **Zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes** (MEG II) vorgelegt, nachdem bereits im August 2006 das erste MEG in Kraft getreten ist. Geplant sind zahlreiche Maßnahmen, um insbesondere Existenzgründer und Kleinunternehmen in den Bereichen Statistik, Buchführung, Sozialversicherungs-, Gewerbe-, Preis- sowie Straßenverkehrsrecht zu entlasten.

Im Rahmen der Mittelstandsinitiative der Bundesregierung hat der Deutsche Bundestag die Einführung eines **Pfändungsschutzes für die Altersvorsorge Selbständiger** beschlossen. Er ist in der Höhe nach dem Le-

bensalter gestaffelt und beträgt bis zu maximal 238.000 Euro, die für die Alterssicherung in bestimmten Verträgen zurückgelegt werden können. Auch die Hinterbliebenenversorgung wurde mit einbezogen.

Um bis zu drei Prozent hat die bundeseigene **KfW Mittelstandsbank** seit 1. Januar 2007 die Zinsen für Gründer mit geringem Kreditbedarf gesenkt. Im Programm Mikro-Darlehen können bis zu 25.000 Euro für den Start in die Selbständigkeit beantragt werden. Beim Start-Geld gibt es bis zu 50.000 Euro. *Infos: www.kfw-mittelstandsbank.de*

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat die Kommission aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag für eine so genannte **„Europa-GmbH“** vorzulegen. Mit dem Statut einer Europäischen Privatgesellschaft (EPG) wird Unternehmen eine europaweit einheitliche Rechtsform angeboten. Die Europa-GmbH soll analog zur bereits existierenden Europa-AG gerade mittelständischen Betrieben die grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit im Binnenmarkt erleichtern.

Seit Dezember gilt das neue **Versicherungsvermittlerrecht**, das eine EU-Richtlinie in Deutschland umsetzt. Es unterwirft die bislang frei zugänglichen Berufe der Versicherungsvermittler und -berater einer Erlaubnis- und Registrierungs- und Informationsvorschriften gegenüber Kunden. Für die Vermittlung kleiner produktbezogener Versicherungen wurden Erleichterungen geschaffen, um für Reisebüros und Einzelhandel eine praxistaugliche Lösung anzubieten. *ks*

SERVICE

MIT-Tickerdienst speziell für Mitglieder

Nach einer ersten Testphase bietet die MIT-Bundesgeschäftsstelle ihren Mitgliedern nun einen neuen Service, den RSS Feed der MIT, an. RSS steht für „Really Simple Syndication“ und heißt übersetzt etwa „wirklich einfache Verbreitung“. Dahinter verbirgt sich ein elektronischer Tickerdienst, den jeder MIT-Verband auf seine eigene Internetseite einbinden kann. Die MIT-Bundesgeschäftsstelle stellt tagesaktuelle Meldungen ein, die jeder Abonnent nach erfolgter Übernahme automatisch und bequem geliefert bekommt. So bleiben die eigenen Internetseiten täglich in Bewegung.

In welcher Form die Nachrichtenmeldungen rund um die MIT, den Mittelstand und die Politik auf den jeweiligen Bildschirmen erscheinen, kann jeder Verband selbst entscheiden. Insgesamt sechs verschiedene

Varianten stehen zur Auswahl. Alle notwendigen Informationen stehen auf den internen Seiten unter www.mittelstand-deutschland.de.



Preis für Hüter der Marktwirtschaft

ALLE ZWEI JAHRE verleiht die MIT-Rheinland-Pfalz ihren Wirtschaftspreis. Geehrt werden Personen, die Treuhänder der Sozialen Marktwirtschaft sind. Der aktuelle Preis ging an Heinz Gries, Geschäftsführender Gesellschafter der Griesson – de Beukelaer GmbH & Co. KG. Die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wurde ihm vom MIT-Landesvorsitzenden Josef A. Geyer in einer Feierstunde im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz überreicht. Gries befindet sich in besserer Gesellschaft, bisherige Preisträger sind Ministerpräsident a.D. Lothar Späth und Ministerpräsident a.D. Prof. Kurt Biedenkopf.

IN SEINER LAUDATIO würdigte Geyer Preisträger Heinz Gries als erfolgreichen Unternehmer, der das Familienunternehmen mit Sitz in der Gemeinde Polch im Landkreis Mayen-Koblenz mit persönlicher Verantwortung, Geschick und Weitsicht zu dem

gemacht hat, was es heute ist. Griesson – de Beukelaer hat sich als einer der bedeutendsten Anbieter von Backwaren in Deutschland, in Europa und darüber hinaus etabliert. Das Unternehmen beschäftigt rund 1.800 Mitarbeiter an fünf Stand-

orten bei einem Gesamtumsatz von rund 400 Millionen Euro. Heinz Gries verkörpert den klassischen mittelständischen Unternehmer, der als Eigentümer sein Unternehmen selbst führt sowie Risiko und Haftung persönlich trägt.



Foto: Klaus Benz

Unser Foto zeigt von links: Günter Schöneberg, MIT-Bundesvorstandsmitglied und stellvertretender Landesvorsitzender der MIT-Rheinland-Pfalz, Preisträger Heinz Gries und Josef A. Geyer.

Hoher Besuch aus Österreich

DER PRÄSIDENT des österreichischen Bundesrates S.E. Gottfried Kneifel kam bei seinem Besuch ostdeutscher Metropolen auch nach Berlin in die MIT-Bundesgeschäftsstelle. Begleitet wurde er dabei vom österreichischen Botschafter in Berlin, Dr. Christian Prosl. Gemeinsam mit dem MIT-Bundevorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und MIT-

Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen wurde über die Wirtschafts- und Sozialpolitik in den beiden Nachbarländern diskutiert. Kneifel, der auch Direktor des oberösterreichischen Wirtschaftsverbandes ist, machte hierbei deutlich, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht im Gegensatz zueinander stünden, sondern sich ergänzten.



Besuch aus Österreich in der MIT-Geschäftsstelle (von links): Botschafter Dr. Christian Prosl, Präsident Gottfried Kneifel und Gastgeber Dr. Josef Schlarmann.

UMFRAGE

Umsatzeinbußen befürchtet

Knapp drei Viertel der Teilnehmer an der zurückliegenden MIT-Internet-Umfrage sind in Bezug auf die Mehrwertsteuererhöhung skeptisch und befürchten Umsatzeinbußen für ihr Unternehmen.



WEBTIPP

Die jeweils aktuelle Umfrage steht auf der Startseite und im Politik-Center unter www.mittelstand-deutschland.de

Barbara Ahrons weiter an der Spitze



Foto: WM-Medien

Einstimmig wiedergewählt: Barbara Ahrons

MIT EINSTIMMIGEM Votum wurde die stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Barbara Ahrons, MdHB, als Landesvorsitzende der MIT-Hamburg bestätigt. Der Vorstand der Hamburger MIT hat sich mit sechs

neuen Beisitzern deutlich verjüngt und erneuert. Als Stellvertreter stehen Ahrons in den nächsten beiden Jahren Volker Ernst, Wirtschafts- und Arbeitssenator Gunnar Uldall sowie Roger Zörb zur Seite. Schatzmeister ist Hjalmar Stemmann. Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zeichnet Sebastian Marquardt verantwortlich.

NEBEN DER Landes- war aber auch die Bundespolitik Thema beim Landesmittelstandstag. Nicht zuletzt im Gastvortrag von Dr. Josef Schlarmann. Für die Hansestadt blickt Barbara Ahrons optimistisch auf ihre nächste Amtszeit: „Hier ist uns mit unserem Konzept vieles gelungen. Diesen Standard wollen wir halten und Hamburg weiter zu einer der wirtschaftsfreundlichsten Städte Deutschlands machen.“

Ehler führt MIT-Brandenburg weiter

AUF DEM Landesmittelstandstag der MIT-Brandenburg wurde der bisherige Landesvorsitzende und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Dr. Christian Ehler, MdEP, im Amt bestätigt.

ALS STELLVERTRETER stehen ihm Detlev Delfs, Alexander Schwarz, Götz Friederich und MIT-Bundesvorstandsmitglied Horst Tarnawski zur Seite. Beisitzer wurden Matthias Seliger, Hermann Kühnapfel, Steffen Kissinger, Rainer Oettel, Jürgen Plän, Johannes Bulawa, Cornelia Karlstädt und Dr. Eva-Maria Huntemann. Carola Pauly bleibt Landesschatzmeisterin.

INHALTLICH STAND die für Brandenburg geplante Novellierung der Kommunalverfassung mit Blick auf die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Fokus. Ehler umriss

hierbei die Position der MIT-Brandenburg „Wir lehnen eine Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden generell ab. Grundsatz muss sein, dass einer Vergabe an private Unternehmen immer der Vorrang vor der Vergabe an kommunale Betriebe, gleich welcher Art, gewährt werden muss“, so Ehler abschließend.



Dr. Christian Ehler (links) und Matthias Seliger

Mittelstandsinitiative für mehr Ausbildungsplätze

IN DER ANALYSE sind sich die Wissenschaftler einig: Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren auch auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. So werden rückläufige Schülerzahlen dazu führen, dass Lehrlinge händelnd gesucht werden und sich der Fachkräftemangel so zusätzlich verschärft. Um dem vorzubeugen, sollte bereits jetzt verstärkt ausgebildet werden. Die MIT-Bergstraße hat hierzu jüngst einen Aufruf gestartet. Dabei appelliert sie an alle mittelständischen Betriebe, vermehrt Praktikums- und Ausbildungsplätze bereitzustellen. Vor allem Hauptschulabgängern wollen die MIT-Streiter um MIT-Chef Dr. Ulrich Vonderheid so bessere Chancen eröffnen.

DIE MIT-STREITER beschränken sich aber nicht nur auf den Appell, sondern informieren Interessierte auch über mögliche

Hilfestellungen wie die Möglichkeit der Ausbildung im Verbund oder das Sonderprogramm „Einstiegsqualifizierung“.



Pate Pönitz, die Lehrlinge Daniela Konrad und Alexander Lippert, Firmenchef und Metzgermeister Paul Hammes.

SCHLIESSLICH LEGT die MIT-Bergstraße den Unternehmern auch noch das Projekt „Patent für Ausbildung“ der Städte Bensheim und Zwingenberg ans Herz. Diese Patente helfen Schülern bei der Lehrstellensuche und stehen dann auch dem einstellenden Betrieb mit Rat und Tat zur Seite.

DER LEITER der Bergsträßer Mittelstandsinitiative für mehr Ausbildung und Arbeit, Wolfram Pönitz, seit 35 Jahren MIT-Streiter, ist nunmehr bereits im dritten Jahr Pate. Ehrenamtlich hat er bei der Suche nach einer Lehrstelle bereits 12 Schulabgänger erfolgreich unterstützt.

WEBTIPP

www.mit-bergstrasse.de

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT-Biberach

Armin Schneider wurde jüngst zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Hermann Manall an, der nach elf Jahren an der Spitze einen Generationenwechsel eingeleitet hat, dem Vorstand als Beisitzer weiterhin erhalten bleibt. Stellvertreter sind Walter Schiele und Rolf Schlagentweith. Bernhard Döbele wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.

MIT Braunschweig

Sabine Kleinke ist für weitere zwei Jahre in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt worden. Siegrun Fuchs, Olaf-Arthur Herde und MIT-Bundesvorstandsmitglied Hubert Pflaum stehen ihr als Stellvertreter zur Seite. Gerald Aßmann wurde zum Sprecher, Jens-Peter Drube, Michael Heinemann, Renate Hübner und Harald Kuck zu Beisitzern gewählt.

MIT-Bremen

Der Bremer Innen- und Sportsenator Thomas Röwekamp, der auch MIT-Mitglied ist, wird die Bremer CDU im kommenden Mai in die Wahlen zur Bürgerschaft führen.

MIT-Calw-Freudenstadt

Ulrich Kallfass wurde erneut zum Vorsitzenden des größten Kreisverbandes in Baden-Württemberg gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Anita Burkhardt, Tobias Volle und Reinhold Kuch zur Seite.

MIT-Celle

Susanne Führer wurde als Kreisvorsitzende einstimmig im Amt bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Dr. Oliver Körtner und Erling Gwinner Schatzmeister.

MIT-Harburg Land

Der alte und neue Kreisvorsitzende der MIT-Harburg-Land heißt Wilfried Uhlmann. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Frank Edelmann und Michael Tietz, als Schatzmeister Lothar Patz und als Schriftführer Rudolf Meyer gewählt.

MIT-Märkischer Kreis

Der nordrhein-westfälische Kreisverband hat seine Führungsmannschaft gewählt. Vorsitzender ist Ralf Schwarzkopf. Als Stellvertreter stehen ihm Stephanie Hagen und Jörg Teckhaus zur Seite. Schatzmeister ist Stefan Latsch und Schriftführer Ayhan Cirtlik.

MIT-Nordwürttemberg

Nach vierzehn Jahren an der Spitze des baden-württembergischen Bezirksverbandes hat Thomas Bopp, nunmehr Ehrenvorsitzender des Verbandes, den Stab an MIT-Bundesvorstandsmitglied Eduard Freiheit übergeben. Freiheit stehen als Stellvertreter Erwin Hees, Rudolf Preiß und Hildegard Grössl zur Seite. Walter Wittmann bleibt weiterhin Schatzmeister und Harald Weith Pressereferent.

MIT-Ruhrgebiet

Friedhelm Müller heißt der alte und neue Vorsitzender des Bezirksverbandes. Wiedergewählt wurde auch das Stellvertreterteam mit Henning Aretz, Danuta Grimm, MIT-Bundesvorstandsmitglied Benno Lensdorf, Udo Reppin sowie Hans-Martin Schleich. Schriftführer ist Thomas Pisula.

MIT-Weimar

Klaus-Peter Ruhland löst Clarsen Ratz als Kreisvorsitzenden ab. Ratz ist nunmehr gemeinsam mit Carmen Fronck Stellvertreter. Beisitzer wurde Jörg Sando.

Gedenken an Ute Manz

Nach schwerer, langer Krankheit ist zu Beginn dieses Jahres Ute Manz verstorben. Die Unternehmerin aus dem baden-württembergischen Besigheim gehörte in der Zeit von 2003 bis 2005 als gewählte Beisitzerin dem MIT-Bundesvorstand an. Mit Ute Manz verliert die MIT eine über Jahrzehnte engagierte MIT-Streiterin und glaubhafte Repräsentantin des Mittelstandes.

CDU/CSU-Gruppe im EP

DIE CDU/CSU-GRUPPE im Europäischen Parlament hat jüngst den Vorstand neu gewählt. Dem elfköpfigen Spitzengremium gehören gleich fünf MIT-Streiter an. So ist zum einen der Vorsitzende der Gruppe, Dr. Werner Langen, MIT-Mitglied. Zudem wurde der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende und Landeschef der MIT-Brandenburg, Dr. Christian Ehler, zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe gewählt. Das gleiche Amt bekleiden zudem die beiden MIT-Streiter Reimer Böge und Dr. Peter Liese. Auch Klaus Heiner Lehne gehört dem Vorstand an.



Foto: Peter Himsel

AUSGEZEICHNET: MIT-Streiter Franz-Josef Fischer, Mitgründer der Jäger Direkt GmbH im hessischen Reichelsheim, nimmt den Preis der Initiative „Freiheit und Verantwortung“ aus den Händen des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Otto Kentzler, entgegen. Die vier großen Wirtschaftsverbände zeichnen Unternehmer aus, die sich vorbildlich gesellschaftlich engagieren. Fischer wurde für sein Projekt: „Strahlmann-Initiative: Jobs für Jugendliche“ in der Kategorie „Mittlere Unternehmen“ ausgezeichnet.

(MittelstandsMagazin berichtete in Nr. 6/2004)

WEBTIPP

www.freiheit-und-verantwortung.de

KOLUMNE

**Liebe MIT-Streiter,**

im neuen Jahr hat die große Koalition aus Union und SPD einen guten Start erwischt. Die Kanzlerin übernahm ihre beiden internationalen Ämter in der EU und bei den G 8-Staaten – dort macht sie erwartungsgemäß eine „bella figura“. Auch demoskopisch ging es für die CDU, trotz eines kontraproduktiven Intermezzos aus Bayern, ordentlich nach oben. Das ist erfreulich und sollte die Union zu mehr Selbstvertrauen innerhalb der Koalition ermuntern. Vielleicht werden wir in diesem Jahr die von uns allen so sehnlich erwartete „Handschrift“ der CDU bei den anstehenden Gesetzesvorhaben deutlich erkennen können. Gelegenheit besteht reichlich: Bei der Gesundheitsreform, bei der Erbschaftsteuer, der Pflegeversiche-

rung, beim Arbeitsmarkt und beim Kündigungsschutz, an dem ja eigentlich nicht mehr gerüttelt werden soll ...

Das wachsende Selbstbewusstsein der Union als die größere Koalitionspartei könnte auch zu einer gewissen Entspannung im Inneren führen. Denn das Führungspersonal unserer beiden Parteien war zuletzt doch spürbar dünnhäutiger geworden und immer öfter geneigt, auch wohlmeinende und konstruktive Kritik in die Ecke der Meckerer und Störenfriede zu verweisen. Unser Weg ist klar und von den Gremien der MIT im letzten Jahr immer wieder in großer Eintracht bestätigt und bekräftigt worden: Vorhandene Erfolge der Regierung herausstellen, berechtigte Kritik dort üben, wo wir die Interessen des Mittelstandes berührt sehen und bei dem ständigen Spagat zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialem Ausgleich auf die nötige Balance achten.

Und was tut sich sonst noch auf der Baustelle Berlin: Innerverbandlich eine ganze Menge:

- Unser nächster Bundeskongress findet im Herbst statt.
- Denken Sie an den MIT-Medienpreis und weisen Sie Journalisten aus Ihrem Bereich auf diesen hin.

- Unser Internetauftritt wird kontinuierlich weiter entwickelt, schauen Sie ab und an mal rein, ein paar Seiten zuvor weisen wir in diesem Heft auf eine interessante Neuerung hin!
- Wir werden, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung, viel Kraft für eine neue Mitglieder-Werbeaktion verwenden, ein ganz persönliches Anliegen unseres Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann, den der Bundesvorstand übrigens einstimmig aufgefordert hat, im Herbst wieder als Vorsitzender zu kandidieren.

Wenn Sie unsere Baustelle im Regierungsviertel mal besuchen möchten: Wir unterstützen Kreis- und Ortsverbände gern bei der Vorbereitung ihrer staatsbürgerlichen Studienreise in die Bundeshauptstadt – Kontakte, Begegnungen, Gespräche, Besichtigungen...

www.mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

**Zug sausen lassen**

FÜR DAS GESPRÄCH mit den Mittelständlern der MIT-Neuss warf der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann seinen Zeitplan um. Zu intensiv wurde über den Zustand der Sozialen Marktwirtschaft und die Rolle der Unternehmer diskutiert. Dabei machte Schlarmann deutlich, dass für ihn die Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung gestört sei. Schließlich würde zusehends Sozialstaatlichkeit mit Umverteilung gleichgesetzt. Unser Bild zeigt von links nach rechts den Bezirksvorsitzenden der MIT-Rhein-Sieg, Hans-Günther Burgwinkel, MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, den Vorsitzenden der MIT-Neuss und MIT-Bundesvorstandsmitglied Heijo Drießen, den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann, den Landesgeschäftsführer der MIT-NRW, Klaus Gravemann und den Kreisvorsitzenden der MIT-Leverkusen und MIT-Präsidiumsmitglied Helmut Nowak.

Dr. Josef Schlarmann seinen Zeitplan um. Zu intensiv wurde über den Zustand der Sozialen Marktwirtschaft und die Rolle der Unternehmer diskutiert. Dabei machte Schlarmann deutlich, dass für ihn die Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung gestört sei. Schließlich würde zusehends Sozialstaatlichkeit mit Umverteilung gleichgesetzt. Unser Bild zeigt von links nach rechts den Bezirksvorsitzenden der MIT-Rhein-Sieg, Hans-Günther Burgwinkel, MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, den Vorsitzenden der MIT-Neuss und MIT-Bundesvorstandsmitglied Heijo Drießen, den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann, den Landesgeschäftsführer der MIT-NRW, Klaus Gravemann und den Kreisvorsitzenden der MIT-Leverkusen und MIT-Präsidiumsmitglied Helmut Nowak.

Jahrestag

IM WINTER feierte die SME Union Frankreich ihren ersten Geburtstag im Rahmen einer Konferenz über die Europäische Dienstleistungsrichtlinie. Die Veranstaltung fand im Palais de Congrès in Paris statt. Zuvor wurden die internationalen Gäste zu einem Dinner im Senat im Palais de Luxembourg geladen. Jean-Marie Virepinte, Prä-

sident der SME Union France, konnte über 150 Gäste und hochrangige Sprecher aus Politik und Wirtschaft begrüßen. MIT-Bundesschatzmeister Peter Jungen, Co-Präsident der SME UNION, betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der freien Marktwirtschaft und ganz besonders des freien Dienstleistungsmarktes für Wachstum und Innovation in Europa.

